

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1950-1950 1950**

41 (24.2.1950)

# UNSER TAG

Aus dem Inhalt:

Kategorisches Nein zur Kolonisierung Westdeutschlands

Albert Einsteins Illusion

Weil Adenauer die Befehle der westlichen Alliierten...

Wir sind bereit zu helfen

Südwest-Verlag e.G.m.b.H., Offenbach, Friedrichstr. 36, Fernruf 2207. Druck: Badische Verlag GmbH, Mannheim, S. 3, 10. Fernruf 43260. Chefredakteur: Hermann Jerrentrop. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12. Fernruf 2249. Vertriebsstellen: Offenbach, Friedrichstraße 36; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lörrach, Feldbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 49.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Städt. Sparkasse Mhm., Kto.-Nr. 227, Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste, 8. Anzeigen werden entgegengekommen in allen Vertriebsstellen.

Jahrgang 5 / Nr. 41

Freitag, 24. Februar 1950

Preis 15 Pf.

## Ohne Verteidigung

Eine Erklärung von Werner Stertzbach

Einer der Angeklagten im Demontage-Stop-Prozess, der Chefredakteur der verbotenen „Niedersächsischen Volksstimme“, Werner Stertzbach, erklärt zu der jetzt eingetretenen Lage folgendes:

„Durch einen Telefonanruf in London erfuh ich, daß das britische Obergericht mit der Verteidigung der Angeklagten über den neuen Termin verhandelt hat. Als die Termine 27. Februar und 6. März zur Wahl gestellt wurden, entschied sich der britische Anwalt Ralph Millner für den 6. März, da er vorher einen wichtigen Prozeß in Afrika zu führen hat und am 27. Februar nicht zum Termin erscheinen könnte.“

Trotzdem wurde den Angeklagten dann am 22. 2. 1950 eine Vorladung zum 27. Februar überreicht. Mehrere Tage versuchte ich, den Geschäftsführer des britischen Obergerichts in Braunschweig zu erreichen, um die Verlegung des Termins zu erwirken. Erst am Mittwochmorgen war es möglich, den verantwortlichen Herrn zu sprechen. Er erklärte auf meinen Einwand, daß die Angeklagten doch das Recht hätten, eine Verlegung zu beantragen, falls sie bis zum angesetzten Zeitpunkt ihre Verteidigung nicht gesichert hätten. „Sie können sich ja ruhig einen anderen Anwalt nehmen.“

Es hat den Anschein, daß man den britischen Verteidiger Ralph Millner ausschalten will. Wenn wir auch ungern auf einen so tüchtigen Verteidiger wie Herrn Millner verzichten, so werden wir am 27. Februar, falls einer Verlegung nicht zugestimmt werden sollte, uns selbst verteidigen. Die Fragen der völkerrechtswidrigen Demontage, der Knebelung der Presse und der Mißachtung des Immunitätsrechtes sind für die deutsche und internationale Öffentlichkeit von so großer Wichtigkeit, daß wir es nicht zulassen werden, den ganzen Fall mit formal juristischen Erklärungen zu erledigen. Die Angeklagten im Demontage-Stop-Prozess kämpfen um das Recht des deutschen Volkes, und sie kämpfen umso besser, weil sie wissen, daß hinter ihnen Millionen Deutscher stehen.“

## Obergericht fürchtet britischen Anwalt

Angeklagte im Demontagestop-Prozess ihres Verteidigers beraubt

Hannover. (E. B.) Obwohl dem Gericht bekannt war, daß der britische Verteidiger Ralph Millner durch einen Prozeß, den er wahrnimmt, in Afrika zurückgehalten wird, und Ende Februar noch nicht in Deutschland sein kann und ihm die Verlegung des Prozesses auf den 6. März zugesagt war, sind nun die Angeklagten durch den Geschäftsführer desselben Gerichts davon in Kenntnis gesetzt worden, daß der Prozeß bereits am 27. Februar in Hannover beginnen werde.

Es war dieser britische Anwalt, Ralph Millner, der mit einer glänzenden Verteidigungsrede die Anklage auf Grund der Militärregierungsverordnung Nr. 1 zu Fall brachte. Er war es auch, der auf den Widerspruch im Gesetz Nr. 5 der Hohen Kommission hinwies. „Artikel 1 dieses Gesetzes besagt“, erklärte Ralph Millner, „es solle Pressefreiheit herrschen. Aber Pressefreiheit bedeutet auch, daß man eine Meinung äußern darf, die die öffentlichen Stellen nicht lieben. Man darf doch nicht von einer strafbaren Tat sprechen, oder von Bedrohung der Sicherheit, oder von der Bedrohung der Sicherheit der alliierten Streitkräfte, wenn sich der Landkommissar geäußert hat. Ich möchte sagen, daß eine Auseinandersetzung in der Politik nicht gleichzusetzen ist mit einer kriminellen Tat, die gegen alliierte Streitkräfte begangen wird.“

Die Verlegung des Prozesses vor dem britischen Obergericht bedeutet, daß die Verteidigung der Angeklagten nicht nur durch den in der ersten Instanz erfolgreichen Ralph Millner, sondern auch durch jeden anderen britischen Anwalt verhindert wird. Denn keinem Verteidiger, auch einem Deutschen nicht, wäre es möglich, sich in den vier Tagen, bis zum 27. Februar, ordnungsgemäß auf den Prozeß vorzubereiten. Praktisch läuft die Vorverlegung des Prozeßbeginns darauf hinaus, daß die sieben Deutschen, die wegen ihres Eintretens für die nationalen Interessen des deutschen Volkes angeklagt sind, jeder Verteidigung, also des elementarsten Rechtes jedes Angeklagten, beraubt sein werden.

Mit aller Entschiedenheit muß gegen die Praxis des britischen Obergerichts prote-

tiert werden. Aufhebung des auf den 27. Februar anberaumten Termins und Niederschlagung des Prozesses, das ist die Forderung, die jetzt allerorten mit aller Entschiedenheit erhoben werden muß. In dieser Forderung müssen alle Deutschen sich vereinen!

## Picasso als Friedensbotschafter nach USA

Delegationen vom Weltfriedenskomitee zusammengestellt

Paris. (E. B.) Unter den Persönlichkeiten, die im Auftrage des Weltfriedenskomitees (das die Forderungen von 800 Millionen Menschen vertritt), acht Parlamente aufsuchen werden, um ihnen das Fünfunkte-Programm zur Rettung des Weltfriedens vorzulegen, befinden sich der Pfarrer Boulier, Professor für Rechtswissenschaft an der Pariser Universität, Lello Basso, Generalsekretär der Sozial-

istischen Partei Italiens und General Gabaldone, ehemaliger Gouverneur des Staates von Caracas. Nach den Vereinigten Staaten wird der Maler Pablo Picasso reisen.

Wie das Weltfriedenskomitee bekanntgibt, sind bereits Delegationen zusammengestellt worden, die die Parlamente in Belgien, Holland, Guatemala, Mexiko, Italien, Frankreich den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion besuchen werden.

## Angst vor der Wahrheit?

Hannover. (E. B.) Der Landeskommissar der britischen Militärregierung für Niedersachsen verbot in einem Schreiben vom 18. 2. 1950 daß ein Vertreter der kämpfenden Jugend Vietnams auf einer Veranstaltung der Freien Deutschen Jugend in Hannover spreche. Er erklärte wörtlich: „Es wird ihnen bekanntgegeben, daß der Landeskommissar jeder derartigen Person oder einem Vertreter ausdrücklich verbietet, in der Versammlung am 21. Februar zu reden. In diesem Zusammenhang werden Sie auf Artikel 2 des Besatzungsstatuts aufmerksam gemacht. Der Artikel 2 des Besatzungsstatuts wacht über das Prestige der westlichen Besatzungsmächte.“

## Bremen folgt dem Beispiel Hamburgs

Hafenarbeiter Bremens beschließen internationale Solidarität — Lohnkampf um den Frieden untrennbar verbunden

Bremen. (E. B.) In Bremerhaven und Bremen folgten die Hafenarbeiter dem Beispiel ihrer Hamburger und Duisburg-Ruhrorter Kollegen. Sie beschlossen, das Verladen und den Transport jeglichen Kriegsmaterials zu verweigern. Gleichzeitig protestierten sie gegen die Massentlassungen im Kaiserhafen und erklärten, daß sie darin einen von vornherein zum Scheitern verurteilten Versuch erblickten, die Hafenarbeiter einzuschüchtern und von der aktiven Ein-

gliederung in die Weltfriedensfront abzuhalten. „Wir Hafenarbeiter wollen unseren ausländischen Kollegen nicht in den Rücken fallen, wir wollen nicht dulden, daß Kriegsmaterial über Bremerhaven und Bremen auf dem Landweg nach Frankreich oder Holland weiterbefördert wird. Wir denken an Früm und Ludwigshafen und wollen keine ähnlichen Explosionen in Bremen. Wir rufen den Kriegsvorbereitern zu: Behaltet eure Waffen, damit wir Leben und Gesundheit behalten.“

Der Versuch anwesender Gewerkschaftsfunktionäre, auf Beschlüsse von „oben“ zu warten, wurde sachlich damit abgelehnt, daß die Frage des Kampfes um den Frieden eine wichtige politische Frage sei, die jeden Menschen angeht. „Der gewerkschaftliche Kampf für die Erhöhung des Schichtlohnes ist nicht zu trennen vom Kampf um die Erhaltung des Friedens und dem Kampf um die Erhaltung des Arbeitsplatzes. Beherzt die Lehren der Vergangenheit.“ Das waren die Konsequenzen aus den Versammlungen, die von jedem anwesenden Hafenarbeiter verstanden wurden.

## Gegen die USA-Geschäftsreisenden des Krieges

Brüssel. (E. B.) In Brüssel kam es zu einer Demonstration vor dem Gebäude der amerikanischen Botschaft, die sich gegen die amerikanische Mission in Belgien richtete, die zur Durchführung des Waffenhilfsprogramms eingetroffen ist. Eine Abordnung des „Verbandes zur Verteidigung des Friedens“ überreichte in der Botschaft einen Protest gegen die Anwesenheit der amerikanischen Delegation. Die Polizei hatte vergeblich versucht, die Demonstration zu verhindern.

## Streik der Hafenarbeiter von La Pallice

Paris. (E. B.) Die Hafenarbeiter von La Pallice setzen ihren Streik fort. Die Hafenarbeiter von La Pallice und der benachbarten Stadt La Rochelle protestierten gegen den Beschluß der Regierung, Truppen zur Verladung von Kriegsmaterial zu kommandieren.

## „Skandalös, undemokratisch, rechtsbeugend“

Justizminister Fechner (SED) zum Fall Hedler und seine Ursachen

Berlin. (E. B.) Die Mitglieder des Aeltestenrates der Volkskammer hatten eine Anfrage an die Regierung der DDR gestellt, was zu tun sie willens und in der Lage ist, um die aus dem Freispruch des Neofaschisten Hedler in Neumünster für Deutschland erstehenden Gefahren vom deutschen Volk abzuwenden. Im Namen der Regierung gab der Minister der Justiz, Max Fechner, eine Erklärung zu der Anfrage ab. Minister Fechner führte aus, daß die Regierung über das Schandurteil von Neumünster nicht verwundert ist. Der Fall Hedler sei nicht als empörender Einzelfall, sondern er sei als ein Symbol, als eine Kennzeichnung der Struktur der Justiz des westdeutschen Separatstaates zu werten. „Wir wissen uns eins mit der erdrückenden Mehrheit des ganzen deutschen Volkes, wenn wir diesem Schandurteil die eindeutige Erklärung entgegenstellen, daß die-

ses Urteil skandalös, undemokratisch und rechtsbeugend ist“, stellte Minister Fechner fest. Der Fall Hedler zeigte, sagte Minister Fechner, wie weit die reaktionäre Entwicklung in Westdeutschland vorangeschritten ist. Die SPD-Opportunisten gebärde sich zwar empört über dieses Schandurteil über Hedler, aber diese Herren treffe die gleiche Schuld, denn sie haben die Restaurierung der reaktionären Justiz geduldet. Sie haben aus blindwilliger Hetze gegen den Osten politisch belastete Richter wieder eingesetzt und sie haben trotz dieser Kenntnis die Unabsetzbarkeit dieser Richter in der Bonner Verfassung verankert. Außerdem haben sie die Rechtsprechung jeder Einflußnahme durch die Volksvertretung entzogen. Sie haben die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik geschmährt, weil in dieser Verfassung die Volks-Souveränität festgelegt ist.

## Terrorgesetz und Staatsstreichabsicht de Gaulles

Bidault konspiriert mit de Gaulle — Die Schuld der rechten Führer der SPF

Paris. (E. B.) Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es der französischen Regierung trotz des vom Ministerrat angenommenen Gesetzesentwurfs, der die verstärkte Verfolgung aller Friedenskämpfer des Landes vorsieht, nicht gelingen wird, den Kampf gegen den Krieg zu unterbinden. Die französische Regierung stellt alle Personen unter gerichtliche Verfolgung, die gegen die Kriegspolitik der Regierung protestieren oder an Protestdemonstrationen teilnehmen. Wenn der vom französischen Ministerrat beschlossene Gesetzesentwurf in der Kammer eine Mehrheit findet, dann wird diese freie Hand haben, um alle ihr zur Verfügung stehenden Terrormittel gegen den Widerstand der Werktätigen gegen die Verladung und die Herstellung von Kriegsmaterial einzusetzen zu können.

Daß die französische Bevölkerung sich nicht einschlechtern läßt, beweisen die in den Hafenstädten weitergehenden Streiks und die Berichte über die Fortsetzung von Kampfhandlungen gegen Munitionstransporte.

Die durch den Gesetzesentwurf offengelegten Absichten der französischen Regierung sind nur Teil eines umfassenderen Planes

der Kapitalistenschicht, die in Indochina den „schmutzigen Krieg“ führt und in Frankreich an der Verwirklichung des anglo-amerikanischen Kriegspaktes in Westeuropa arbeitet. Die Pariser „Humanité“ bringt Entgegnungen, daß de Gaulle zur Zeit einen Staatsstreich vorbereitet, und daß er dies in stillschweigendem Einverständnis des Ministerpräsidenten Bidault, der auf den Außenministerposten in einem Kabinett de Gaulle spekuliert, tut. Der Skandal um die Generale Revers und Most, der schon weit die Drei-fuß-Affäre in den Schatten stellt, und bei dessen Aufrollen kein Tag vergeht, an dem nicht die Beweise geliefert werden, daß die Minister und hohen Politiker der Regierungskoalition bestochen sind, soll die Grundlage für de Gaulles Abgeben, um seinen Einzug im Elysee-Palast erzwingen zu können. Deshalb wird auch versucht, Staatspräsident Vincenz Auriol in den Generalskandal zu verwickeln.

Die „Humanité“ kommt zu dem Schluß, daß alle diese Komplotte nur möglich seien, weil die sozialistische Führung vom Schlage Leon Blums die einheitliche politische Front der Arbeiterschaft sabotieren und spalten. Sie ruft alle Kommunisten, Sozial-

listen, Katholiken, Republikaner und Patrioten zum Zusammenschluß und zur Gegenwehr auf.

## Geschütze vom Transportzug geworfen

Grenoble. (E. B.) Eine größere Menschenmenge stürzte von einem Militärtransportzug vier 7,5 cm-Geschütze auf die Schienen. Der Vorfall erregte in der französischen Garnisonsstadt Grenoble umso größeres Aufsehen, als er eine unerschrockene Antwort auf die Tags zuvor vom französischen Ministerrat angenommene Terrorgesetz darstellte.

## Polizeieinsatz gegen Pariser Streikende

Paris. (E. B.) Gegen den Streik der Arbeiter der Pariser Automobil-Industrie hat die Regierung ein großes Aufgebot von Polizei eingesetzt, um die durch die Arbeiter besetzten Betriebe Renault und Peugeot räumen zu lassen. Der Streik der Automobilarbeiter wird unter der Losung „Kampf bis zum Sieg“ geführt.

In führenden Gewerkschaftskreisen der französischen Hauptstadt wird erwartet, daß auch die Arbeiter und Angestellten der Elektrizitätswerke streiken werden. Schon befinden sich Tausende von Arbeitern im Gebiet der Somme, dem Zentrum der französischen Energieversorgung im Streik um höhere Löhne.

Daß sich die französische Regierung mit Gewaltmaßnahmen gegen die Forderung auf Lohnhöhung der Arbeiter sperrt, scheint den Generalstreik in Paris unabwendbar zu machen.

## Kampfprogramm der Jugend in Westdeutschland

Frankfurt. (E. B.) Seit drei Monaten diskutieren die Grundeinheiten der Freien Deutschen Jugend — so schreibt uns das Zentralbüro der FDJ — und mit ihnen viele Mädchen und Jungen, die noch außerhalb unserer Organisation stehen, das „Aktionsprogramm der Freien Deutschen Jugend in Westdeutschland“. Zahlreiche Verbesserungsvorschläge wurden gemacht. Am nächsten Samstag und Sonntag delegieren sie ihre besten Vertreter zur Westkonferenz der Freien Deutschen Jugend nach Essen, um dort dieses Aktionsprogramm endgültig zu verabschieden.

Dieses Aktionsprogramm wird die Grundlage des zukünftigen Kampfes der Jugend in Westdeutschland um die Erhaltung des Friedens, um die nationale Einheit und Unabhängigkeit und um ein besseres Leben der jungen Generation werden. Es zeigt der Jugend den Weg, wie der Kampf in Westdeutschland gegen den Krieg, gegen die koloniale Unterdrückung und gegen das Elend zu führen ist. Dieses Kampfprogramm der jungen Generation geht davon aus, daß alle Mädchen und Jungen in Westdeutschland

gemeinsame Interessen haben und deshalb auch gemeinsam für die Interessen kämpfen müssen. Im Aktionsprogramm heißt es dazu:

„Die Not aller Schichten unseres Volkes und die Gefahr für den Bestand unserer Nation sind so groß, daß kleinliche parteiigolastische Interessen und erst recht unnützes Parteiengetöse und innerdeutscher Hader zu verstummen haben.“

Viele, sehr viele junge Menschen in Westdeutschland haben erkannt, daß sie sich selbst dafür einsetzen müssen, um auch hier in Westdeutschland solche Lebensbedingungen zu schaffen, die der Jugend die Angst vor dem morgigen Tag nehmen.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden junge Arbeiter, Handwerker, Bauern, Techniker, Angestellte und Studenten sich vereinen im Kampf für die Forderungen des Aktionsprogrammes und sich so in die große Bewegung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands gegen die anglo-amerikanischen Imperialisten und seine deutschen Helfer einzureihen.

Dieser Kampf kann nur gewonnen werden, wenn sich nicht nur die Jugend untereinander vereint, sondern, wenn sie darüberhinaus mit allen ehrlichen patriotischen Kräften in Westdeutschland zusammenarbeitet. Sie werden deshalb Rat und Erfahrung der älteren Freunde in sich aufnehmen, und umgekehrt diesen Freunden einiges von dem Schwung und dem Elan übermitteln, der in jeder gesunden Jugend steckt.

Die Westkonferenz der Freien Deutschen Jugend, die am 25. und 26. Februar in Essen tagt, wird zeigen, wie eng die Mitglieder und Freunde der Freien Deutschen Jugend mit jedem zusammenarbeiten wollen, der sich ehrlich für die Interessen der Jugend einsetzt.

Das Aktionsprogramm der Freien Deutschen Jugend in Westdeutschland muß zum Kampfprogramm der gesamten Jugend in Westdeutschland werden.

## Im Streiflicht gesehen

### Schüler-Protest gegen Briten

Detmold. Die oberen Klassen des Detmolder Gymnasiums veranstalteten einen Demonstrationsszug durch den Teutoburger Wald, mit dem sie gegen die geplante Erweiterung des britischen Truppenübungsplatzes von der Senne bis zum Hermannsdenkmal protestierten.

### Greta Garbo und Charlie Chaplin größte Schauspieler des Halbjahrhunderts

New York. (dpa) Charlie Chaplin wurde bei einer Abstimmung von 200 Filmexperten in Hollywood zum größten Schauspieler des Halbjahrhunderts ernannt. Den Titel der größten Schauspielerin erhielt Greta Garbo.

### Amokläufer tötet drei und verwundet 23 Personen

Ancona. (dpa) Drei Personen wurden am Mittwoch von einem Amokläufer getötet, der die in der Nähe von Ancona gelegene Ortschaft Flotramo 16 Stunden lang in Angst und Schrecken versetzte. 23 Einwohner der Ortschaft wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Die verängstigten Bewohner verbarrikadierten sich in ihren Häusern bis Polizeiverstärkung aus Ancona eintraf. Bisher gelang es jedoch nicht, dem Wahnsinnigen dingfest zu machen, der sich vermutlich in den Wäldern der Umgegend versteckt hält.

### Princeton-Zyklotron durch Feuer zerstört

Princeton. (dpa) Das Zyklotron der Universität Princeton wurde durch Feuer fast völlig zerstört. Das Gerät, dessen Herstellung etwa 18 Millionen Dollar kostete, dient zur Atom-

zertrümmerung. Es wurde von der amerikanischen Marine zu Kernforschungsarbeiten benutzt. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

### Hannoversche Bankräuber geständig

Hannover. (dpa) Die beiden Bankräuber Fritz Gartke und Willi Friedrichs, die am Montagvormittag Kassenboten der Merkurbank in Hannover 3000 Mark und Wertpapiere für eine Million raubten, haben ein Geständnis abgelegt. Die beiden Täter gaben zu, den Raubüberfall seit längerer Zeit geplant, die Kassenboten mehrfach bei ihren Gängen beobachtet und einige Tage vor dem Überfall sogar eine „Probefahrt“ mit ihrem Wagen gemacht zu haben. Keiner von ihnen will jedoch den tödlichen Schuß auf den Boten Kastern abgeben haben. Da jedoch einwandfrei feststeht, daß der Schuß aus einer 7,65-mm-Pistole erfolgt ist und Friedrichs eine solche Waffe trug, hält die Polizei ihn für den Mörder. Gartke war mit einer 0,8 cm-Pistole bewaffnet. Die beiden Räuber haben nach ihren Aussagen keine Ahnung gehabt, wieviel Geld die Boten mit sich führten. Sie seien enttäuscht gewesen, als sie unterwegs feststellten, daß sie nur 3000 Mark an Bargeld erbeutet hatten. Dieses Geld, ausschließlich kleine Münzen, ist bis auf etwa 20 Mark ebenso wie die Wertpapiere sichergestellt worden.

### Überfall auf Spar- und Darlehenskasse

Uelzen. Drei maskierte und mit Pistolen bewaffnete Männer drangen am Mittwoch in die Spar- und Darlehenskasse in Rosche (Kreis Uelzen) ein und raubten etwa 4000 Mark. Nach dem Überfall führen die Täter in einem Personenzug in Richtung Uelzen davon. Die polizeiliche Fahndung blieb bisher ohne Erfolg.

# Das Vermächtnis der Geschw. Scholl wird erfüllt

Von stud. phil. Hermann Otto

Am Morgen des 16. Februar 1943 riefen von Münchener Hauswänden große Inschriften in roter Farbe: „Nieder mit Hitler! Es lebe die Freiheit!“ Die Buchstaben waren 40 cm hoch und weithin sichtbar.

Die Täter waren Münchener Studenten und Studentinnen, die eingesehen hatten, daß Hitler Deutschland in den Abgrund führt und die versuchen, etwas zu tun, um ihr Land und ihr Volk zu retten.

Während die Gestapo nach ihnen fahndete, bereiteten sie ein Flugblatt vor, das illegal in 5000 Exemplaren gedruckt wurde. 2000 davon sandten sie an Freunde der Universität Jena und Wien. Der Rest wurde am 19. Februar an der Universität München verteilt.

Dies geschah an jenem Tag, der als der furchtbarste des Krieges galt. Am Tag der Tragödie der 6. Armee bei Stalingrad.

Unvergeßlich jener Tag, jene Stunde in der Aula der Münchener Universität, als von der Empore herab Hunderte von Flugblättern in das dichtgedrängte Auditorium fielen. Ein einziger Schrei, eine einzige Anklage gegen die Mörder des Geisteslebens, gegen die Verderber unseres Volkes.

Das Flugblatt war verfaßt und gedruckt worden von einem kleinen Kreis von Studenten, die sich um den Professor der Philosophie und Psychologie Kurt Huber geschart hatten. Die Geschwister Hans und Sophie Scholl wurden von der Gestapo verhaftet, standen bereits 3 Stunden nach ihrer Verhaftung vor dem eigens aus Berlin herbeigerufenen „Volksgericht“, und wurden zum Tode verurteilt.

Die Henker des Faschismus mordeten die Widerstandsgruppe an der Münchener Universität. Das Vermächtnis dieser Gruppe aber lebt und setzt sich heute durch. Die Studentenratswahl in der Deutschen Demokratischen Republik hat aller Welt gezeigt, daß 72 Prozent aller Studenten den Mahnruf der Geschwister Scholl verstanden haben, der zum unerbittlichen Kampf gegen alle Faschisten und alle Kriegstreiber und Volksverderber aufforderte.

Die Hochschulgruppe der Freien Deutschen Jugend an der Universität Leipzig trägt heute den Namen „Geschwister Scholl“. Sie trägt nicht nur diesen Namen, sondern sie arbeitet dafür, daß all das, was sich die Geschwister Scholl in den Jahren der faschistischen Barbarei erträumten, heute im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit wird. Sie sorgen dafür, daß an den Universitäten der Deutschen Demokratischen Republik keine Faschisten mehr ihre völkermörderischen Lehren verbreiten können. Sie sorgen dafür, daß an den Universitäten in der Deutschen Demokratischen Republik das Bildungs-Privileg einer kleinen Schicht von Menschen gebrochen wurde. Sie sorgen dafür, daß die Studenten an der Universität Leipzig andere Völker achten und jeder neuerlichen Kriegsvorbereitung und Kriegshetze entgegenzutreten.

In einem Wort: Jene, die heute das Vermächtnis der Geschwister Scholl erfüllen, die ihren Namen nicht nur im Munde führen, sondern ihre Taten zum Vorbild nehmen, werden dafür sorgen, daß den neuauftauchenden Faschisten, deutscher oder ausländischer Herkunft, an den Universitäten in ganz Deutschland das Handwerk gelegt wird.

Es gibt Kräfte in Westdeutschland, auch im sogenannten „Verband Deutscher Studentenschaften“, die es ablehnen, gegen das Wiederaufleben des Faschismus zu kämpfen und die nicht davor zurückschrecken, den Namen der Geschwister Scholl zu mißbrauchen. Sie reden davon, daß die Geschwister Scholl für die „Freiheit“ gekämpft haben. Sie fragen aber nicht danach, für wessen Freiheit.

Die Geschwister Scholl kämpften für die Freiheit, dem Faschismus in Deutschland den Garaus zu machen. Der „Verband Deutscher Studentenschaften“ kämpft für die Freiheit dem Faschismus Tür und Tor an den westdeutschen Hochschulen zu öffnen. Zwischen dem Kampf der Geschwister Scholl und den Bestrebungen des „Verbandes Deutscher Studentenschaften“ klafft ein himmelweiter Unterschied.

Es besteht kein Zweifel, daß die Geschwister Scholl, wenn sie noch leben würden heute zusammen mit den Studenten in der Deutschen Demokratischen Republik gegen die reaktionäre Clique „Verband Deutscher Studentenschaften“ vorgehen würden. Wer ihre Aufrufe las und wer ihre mutige Haltung kannte, weiß, daß die Geschwister Scholl heute auf der Seite derer stehen würden, die morgen in ganz Deutschland die Nationale Front zum Siege führen werden.

## US-Bergarbeiter nicht zu schrecken

Washington. (EB) Weitere 10 000 Bergarbeiter haben sich dem Streik im Kohlenbergbau angeschlossen. Es ist dies eine bezeichnende Antwort auf den Zwang, die Arbeit wieder aufzunehmen, den Präsident Truman durch die Anrufung des Obersten Bundesgerichtes und der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, John Lewis, durch eine gleichartige Aufforderung ausüben versuchen. Die Kumpels im amerikanischen Kohlenbergbau lassen sich durch das Taft-Hartley-Gesetz nicht schrecken und durch die Ermahnungen John Lewis nicht weichmachen.

## Ultimatum der Indianer

125 000 Indianer in Kanada ohne Staatsbürgerrechte  
Ottawa. Der kanadische Ministerpräsident St. Laurent hat in diesen Tagen von dem Generalsekretär der Selbstverwaltung nordamerikanischer Indianer, Jules Sioul, das Ultimatum erhalten. „Der Sklaverei der Indianer sofort ein Ende zu setzen“. Sioul teilte mit, er werde bis zum Tode fasten, wenn dem Verlangen der Indianer nicht entsprochen wird. Er will damit der Welt vor Augen führen, daß die Indianer von „barbarischen, grausamen und mörderischen Eindringlingen“ vernichtet wurden.

# Weil Adenauer die Befehle der Wallstreet ausführte...

Verschärfte Wirtschaftskrise im Separatstaat

Der Wirtschaftsausschuß der Hohen Kommission hat in einem Memorandum der Adenauer-Regierung erneut die Schuld für die verschärfte Wirtschaftskrise in Westdeutschland vorgeworfen.

Wir wissen, daß die Marshallplan-Politik Adenauers die Wirtschaftskrise verschärft hat, und haben schon wiederholt geschrieben, daß Adenauer und seine Kumpanen sich ständig bemühen, die Befehle der Wallstreet auszuführen. Zugegeben haben die Minister der Spalterregierung diese Marionettentätigkeit jedoch nicht, sie haben im Gegenteil immer versucht, das deutsche Volk zu täuschen und reden von „westlicher Demokratie“ und von der wachsenden Unabhängigkeit der westdeutschen Regierungsmacht.

Eine einzige scharfe Rüge der Hohen Herren hat genügt, und die Adenauer, Erhard und Compagnie vergessen diese Beteuerungen. Sie geben ihre Marionettentätigkeit bekannt, um sich bei den Hohen Herren zu entschuldigen. Durch die bürgerliche Presse geht die Erhard'sche Erklärung:

„Wir weisen darauf hin, daß die Bundesregierung lediglich die Weisungen des Marshallplan-Administrators ausführt.“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 16. Februar 1950.)

Was sind das für Gründe, welche das amerikanische Finanzkapital veranlaßt, ungeduldig zu werden und ihre Mitarbeiter in Westdeutschland bloßzustellen. Es sind die wachsenden Mißerfolge, die zu der Offenheit ihrer Sprache führen. Schlechte Stimmung herrscht in den USA. Die „Wirtschaftsrevue“ vom 15. Februar 1950 schreibt:

„Auch mit der ECA und mit den Plänen über eine wirtschaftliche Integrierung

Westeuropas haben die Vereinigten Staaten keine geringe Sorge.“

Die Schwierigkeiten der amerikanischen Wirtschaft wachsen ständig. Dazu kommt, daß die westeuropäischen Pläne der amerikanischen Imperialisten nicht so entwickelt werden können, wie man sich das gedacht hatte. Auch der Sieg der Volksrepublik China hat ihre Sorgen vergrößert. Der Berater amerikanischer Banken in Chicago, Dr. Melchior Paly, spricht dieses aus:

„Man solle sich auch nicht vormachen, die bisherige Finanzpolitik gegenüber Europa halte den Kommunismus auf. Noch niemals sei der Kommunismus derart schnell und breit vorgeedrungen wie im Zeitraum des Marshallplans.“ („Handelsblatt“ 15. Februar 1950.)

Und an einer anderen Stelle desselben Artikels erklärt Paly:

„Unsere weltweite Planung auf dem Gebiete weltweiten Handels und des Geldes ist ein trüber Fehlschlag.“

Die Herren der Wallstreet wissen um diesen Fehlschlag, aber dennoch wollen sie den Teufel mit Beelzebub austreiben. Der Marshallplan hat ihnen nicht die „Stabilisierung“ in Europa gebracht, welche die gewünschten Absatzmärkte für die amerikanischen Waren schaffen sollte. Deshalb verstärkt man jetzt den Druck auf die marshallisierten Länder und will durch die Liberalisierung des Handels die Grenzen öffnen für den Absatz der amerikanischen Waren. Die ECA-Mittel sollen nur noch an die Länder abgegeben werden, die den Liberalisierungswünschen der USA nachkommen. Der Marshallplan-Administrator Hoffman beschuldigt ganz offen Großbritannien, die Liberalisierung des eu-

ropäischen Handels zu hemmen. Hoffman will deshalb besonders Großbritannien die Marshallplan-Gelder kürzen.

In Westdeutschland ist der Wirtschaftsmi- nister Erhard den Wünschen der Amerikaner weitgehend entgegengekommen, soweit, daß ihm sogar zum Vorwurf gemacht wird: er habe seine europäischen Kollegen in der Abschaffung von Importbeschränkungen bei neuen liberalisierten Handelsabkommen überfügelt. („Industriekurier“, 16. Februar 1950.)

Wenn trotzdem der Wirtschaftsausschuß der Hohen Kommission die Wirtschaftspolitik in Westdeutschland kritisiert und von der Adenauer-Regierung Maßnahmen zur Beschäftigung der Arbeitslosen verlangt, dann hat die Sache einen Haken. In Westdeutschland wird die Erkenntnis immer stärker, daß der Marshallplan die Ursache ist für die verschärfte Wirtschaftskrise trägt. Diese Meinung ist so weit verbreitet, daß man es in Bonn nicht für angebracht hält, gerade jetzt die „Erfolge“ des Marshallplans zu betonen — die Pariser Marshallplan-Verwaltung hatte für die Propaganda des Marshallplans in Deutschland 7 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Um aber von den verderblichen Folgen der Marshallplan-Politik für Westdeutschland abzulenken, erklärt man die Adenauer-Regierung für schuldig, ohne zu sagen, daß diese stets nur der ergebene Diener der amerikanischen Marshallplan-Politik war.

Immer stärker wird in der westdeutschen Wirtschaft der Ruf nach dem Handel mit

Osteuropa. Die „Wirtschaftsrevue“ vom 15. Februar 1950 schreibt:

„Wir müssen unseren Export nach Osten verstärken, insbesondere solange unser Export nach Westen noch auf sehr hohe Zollmauern und andere Behinderungen stößt. Die Entscheidung liegt allein bei den Alliierten, denn sie behindern unseren Export nach Osten und nach Westen.“

Diesem Drängen der westdeutschen Wirtschaft und darüber hinaus der westdeutschen Wirtschaft nach dem Handel mit der Sowjetunion, den Volksdemokratien und der Volksrepublik China aber will die Marshallplan-Verwaltung mit Gewalt entgegenreden. Wir können im „Industrie-Kurier“ vom 16. Februar 1950 lesen, daß die OEEC bereits schwarze Listen über europäische Firmen führen soll, die die Bestimmungen für Lieferungen hinter den „Eisernen Vorhang“ nicht eng genug ausgelegt haben.

Walter Ulbricht hat erklärt, daß bei den Verhandlungen der Deutschen Demokratischen Republik mit der Volksrepublik China auch die Liefermöglichkeiten westdeutscher Betriebe miteberücksichtigt wurden. Allen Bemühungen der Marshallplan-Verwaltung und der Adenauer-Regierung zum Trotz wird die westdeutsche Wirtschaft zum Weg zum Handel mit Osteuropa und China finden. Mit dem Kampf für die Nationale Front wird auch der Kampf gegen die Wirtschaftskrise in Westdeutschland geführt. Dieser Kampf muß gegen die Adenauer-Regierung gerichtet sein, da die Praxis beweist, was wir schon bei der Unterzeichnung des ECA-Abkommens gesagt haben: mit der Adenauerschen Unterschrift unter das Abkommen haben sich die Minister der Spalter-Regierung zum ausführenden Organ des amerikanischen Monopol-Kapitals gemacht. H. H.

## Albert Einsteins Illusion

Das Volk fürchtet sich vor dem Wetrennen der H. und A.-Bomben; für die Munition- und Stahlkonzerne der Wallstreet ist es ein Bombengeschäft. Die Kluft zwischen dem amerikanischen Volk und der Regierung wird größer. Die Regierung führt als „nationale Verteidigung“ getarnt eine Politik der nationalen Katastrophe durch. Jeden Tag weisen Wissenschaftler nach, daß im Namen der „Verteidigung“ Amerika dem Ruin nahe gebracht wird.

Unter denen, die ihre Stimme für neue Verhandlungen über Atomfragen erhoben haben, befinden sich viele, deren Ansichten stark voneinander abweichen. Wie man erwarten kann, herrscht Verwirrung unter ihnen. Auch Illusionen gibt es. Wenn Dr. Einstein eine „Weltregierung“ als einzigen Ausweg aus dem Dilemma fordert, so stimmen wir nicht mit ihm überein, obwohl wir seinen glühenden Wunsch, diese Geißel ungesetlich zu machen, warm begrüßen. Die „Weltregierung“, die er wünscht, kann in der Zukunft nur durch die befreiten Völker der Welt geschaffen werden. Zwei Drittel der Menschheit ist noch nicht frei. Sie werden durch Privatkapitalisten, Bankiers, Geldleute, Faschisten, Monarchisten und Agenten der Banken von London und Wallstreet regiert.

Eine „Weltregierung“ dieser Menschen, würde nicht ein freier Zusammenschluß befreiter Völker sein; sie würde lediglich die Ausdehnung des Atlantik-Kriegspaktes auf die ganze Welt bedeuten. Es wäre ein Dollar-Imperium trotz der sehr aufrichtigen Absichten einiger seiner friedfertigen Anhänger. Der Weg zum Frieden liegt vor uns. Es ist der Weg der amerikanischen-sowjetischen Verhandlungen, um Atomwaffen und Atomkrieg als ungesetzlich zu erklären, wie dies von der Sowjetunion vorgeschlagen wurde. In dieser entscheidenden Frage kann und muß sich die Mehrzahl des Landes unverzüglich vereinen.

Das amerikanische Volk muß darauf drängen, daß Washington ohne wenn und aber Verhandlungen aufnimmt, um die Atombombe für ungesetzlich zu erklären und diese durch ein System der weltweiten Inspektion durch die UN stützt. Die Sowjetunion ist dazu bereit. Nur die verbrecherische Minderheit, die auf Grund des kalten Krieges an Lieferungsverträgen profitiert, hat allen Grund sich einer solchen Übereinkunft zu widersetzen.

„Daily Worker“, New York

# Kategorisches Nein zur Kolonisierung Westdeutschlands

Regierungserklärung über die Außenpolitik der DDR

Berlin (EB). Der Minister für auswärtige Angelegenheiten, Georg Dertinger, gab in der Volkskammer der DDR eine Regierungserklärung über die Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik ab. Die Rede Minister Dertingers endet mit der zusammenfassenden Erklärung:

„Wir sind überzeugt, daß unsere Forderung nach einem gesamtdeutschen Friedensvertrag und nach dem damit verbundenen Abzug der Besatzungstruppen eine Forderung ist, die im Interesse aller friedliebenden Völker liegt. Erst mit dem deutschen Friedensvertrag kann der Weltfriede wirklich als gesichert erscheinen. Dann kann die Menschheit wieder aufatmen und alle Kräfte der Hände und des Geistes und die unermesslichen Reichtümer der Welt wirklich in den Dienst des Friedens stellen. Aus die-

ser Verantwortung vor dem Schicksal aller Völker stellen wir der anglo-amerikanischen Politik im Hinblick ihres Überganges zu beschleunigter Kolonisierung der westlichen Besatzungszonen ein kategorisches Nein entgegen. Aus dieser Verantwortung heraus erheben wir die Forderung nach einem beschleunigten Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland. Aus dieser Verantwortung heraus bekennen wir uns zur Freundschaft mit der UdSSR, allen Volksdemokratien, mit allen friedliebenden Ländern und allen Menschen, die guten Willens sind.“

## Atomenergie und Elektrifizierung

Die Friedensarbeit der Sowjet-Union  
Moskau. (Nach dpa) Die Sowjetunion wird die Atomenergie der Elektrifizierung nutz-

bar machen. Dies geht aus Erklärungen von zwei Mitgliedern der Sowjet-Akademie hervor. Diese Akademie-Mitglieder, die Wissenschaftler Gleb Kruschtschanowski und A. W. Winter, erklärten in einem von Moskau Rundfunk zitierten Artikel in der „Iswestija“, die Sowjetunion plane, ein umfassendes einheitliches System zur Herstellung elektrischer Energie zu entwickeln. Dabei würden die Energiequellen auf neue Weise und in bisher nicht dagewesenem Umfang ausgenutzt werden. Titanische Kräfte in Form der Atomenergie würden dem Sowjetvolk zur Verfügung stehen.

Die beiden Sowjet-Wissenschaftler fügten hinzu, die Sowjetunion sei in der Reihe der europäischen Stromerzeuger seit dem Kriege vom 11. auf den 1. Platz gerückt. (Reuter)

# „Wir sind bereit zu helfen!“

Deutsche Demokratische Republik sorgt für die Bevölkerung Westdeutschlands

„Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist das Problem Nr. 1 für die Bundesregierung“, sagte Arbeitsminister Anton Storch, und er versprach, die Arbeitslosenzahl um mindestens die Hälfte zu reduzieren. Denkt Herr Storch etwa daran, für Rüstungsarbeiten, für Adenauers „deutsches Kontingent in einer europäischen Armee“ unsere Steuergroschen zu verpulvern und so die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zu beseitigen? Krieg und Massengrab; das ist der Weg der in Westdeutschland beschritten wird.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik dagegen erfüllen in friedlicher Arbeit die Aufgaben, die sie sich im Wirtschaftsjahr 1950 gestellt haben. Weitgehende Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern ist ihr Planziel für 1950. Natürlich kann es unter einer solchen Planung keine Arbeitslosigkeit geben; im Gegenteil, es herrscht Mangel an Qualitätsarbeitern. Allein das neue Stahl- und Walzwerk Brandenburg, dessen Grundstein am 15. Februar gelegt wurde, wird 2150 Mann benötigen. Dieses Stahlwerk, das im Verlauf von 2 Jahren eine Kapazität von 500 000 Tonnen erreichen wird — die Gesamtzeugung von Siemens-Martins-Stahl in der DDR betrug im Jahre 1949 450 000 Tonnen — wird entscheidend mit zur Produktionserweiterung der Maschinenbaubetriebe beitragen. Das Stahldefizit der Wirtschaft ist damit jedoch noch nicht gedeckt. Denn gerade die Maschinenbaubetriebe sollen in den Stand versetzt werden, den Export hochwertiger Erzeugnisse so zu steigern, daß die Lebensmittelfuhrung gemäß den Bedürfnissen der Bevölkerung erhöht werden kön-

nen. Bei der Grundsteinlegung des Stahlwerkes Brandenburg betonte Industrieminister Selbmann die Bereitschaft der Regierung, Rohstahl und Walzwerkzeugnisse besonders aus Westdeutschland zu beziehen, damit einigen tausend Stahlarbeitern wieder Lohn und Brot gegeben werden.

Aber die Hilfe für Westdeutschland ist noch weitgehender. Der Aufschwung des Außenhandels der Deutschen Demokratischen Republik ist so gewaltig, daß der stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht versprechen konnte, die Interessen der Bevölkerung in Westdeutschland mit zu berücksichtigen, bei den Handelsverträgen mit der Sowjetunion, den Volksdemokratien und bei den Verhandlungen für ein erstes Handelsabkommen der Deutschen Demokratischen Republik mit der Volksrepublik China.

„Wir sind bereit, der westdeutschen Bevölkerung zu helfen“, erklärte der stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht, vor der Volkskammer.

„Unsere Aufgabe besteht also darin, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Entwicklung der Wirtschaft in Westdeutschland, soweit das in unseren Kräften steht, zu fördern. Wir hoffen, daß die Bevölkerung in Westdeutschland erkennt, daß eine um so erfolgreichere Hilfe durchgeführt werden kann, je stärker die Deutsche Demokratische Republik und je fester die demokratische Ordnung ist.“

Kann man nach diesem Eintreten der führenden Männer der Deutschen Demokratischen Republik für die Interessen der westdeutschen Bevölkerung, das übrigens der

Politik entspricht, die dort seit dem Sturz der Hitlerherrschaft getrieben wird, annehmen, daß die Hetzreden der Adenauer und Schumacher gegen die Deutsche Demokratische Republik weiterhin ein gläubiges Publikum finden? Es ist jedenfalls an der Zeit, daß die Notleidenden in Westdeutschland erkennen, wer ihre wahren Freunde und wer ihre Feinde sind. Der Kampf gegen die Adenauer und die rechten Führer der SPD vom Schlage Schumachers ist der Kampf um eine einheitliche Deutsche Demokratische Republik. Daß in der wiedervereinigten Nation Krise und Arbeitslosigkeit überwunden werden, garantiert der siegreiche Aufschwung in jenem Drittel Deutschlands, in dem bereits heute für Gesamtdeutschland geplant und gearbeitet wird.

W. F. C.

# Pressestimmen

Indochina: „Der schwächste Punkt in der Verteidigungslinie des Westens“

Der Krenal hat seinen Schauplatz mit einem sicheren Gefühl für Propaganda gut gewählt. Es wäre dumm, zu bestreiten, daß der französische Krieg in Indochina in Frankreich sehr unbeliebt ist, daß man ihm in Indien und anderen Ländern des Ostens mit Mißtrauen begegnet und daß er in Großbritannien und den Vereinigten Staaten erhebliches Befremden ausgelöst hat. Man kann sich schwerlich irgendeine andere, zu einer Kraftprobe zwischen der Sowjetmacht und den westlichen Demokratien führende Tagesfrage vorstellen. In der ein westlicher Liberaler so wenig Befriedigung fühlen oder so wenig Eifer zur Verteidigung der Sache zeigen würde, wie die, die er nun verteidigen muß. Es liegt leider in der Natur der gegenwärtigen Weltlage, daß Rußland die Möglichkeit hat, den schwächsten Punkt in der Verteidigungslinie des Westens für seinen Angriff auszusuchen. Seit die westlichen imperialistischen Kriegshetzer völlig in der Defensive stehen, haben die kommunistischen Friedensmacher die Initiative in der Hand und können in völliger Sicherheit aussuchen, wo und wann sie angreifen wollen. Sie können ihre Schläge von einer Front auf die andere verlagern, ihren Druck erhöhen oder mildern, je nach der Erfahrung oder Berechnung des militärischen und moralischen Widerstandes gegen ihre Pläne. Man braucht sich nicht zu wundern, daß sie Indochina ausgesucht haben, eine Frage, in der sie als Verteidiger der Kolonialvölker gegen den Imperialismus auftreten, den größten Vorteil aus dem Unwillen des französischen Volkes ziehen, und Großbritannien und die Vereinigten Staaten in eine unangenehme Anerkennung einer französischen Politik drängen können.

„The Economist“, London.

SU hat dem chinesischen Volk Konzessionen gemacht

In dem bedeutsamen chinesisch-russischen Abkommen, das am 14. Februar 1950 in Moskau unterzeichnet wurde, hat die Sowjetunion an das kommunistische China Konzessionen gemacht und nicht umgekehrt. Was auch immer die Angebote sein mögen, die die Regierung von Peking als Gegenleistung machen mußte, so wird die Großmütigkeit, die Stalin seinem

Partner Mao Tse Tung entgegenbringen wollte, einen tiefen Widerhall im chinesischen Volk finden. „Le Monde“, Paris

## Antisemitismus im englischen Wahlkampf

Antisemitische Provokateure drohen Versammlungen jüdischer Kandidaten in und um Manchester zu sprengen. Acht Kandidaten von vier politischen Parteien sind darin verwickelt. Antisemitische Zwischenrufer haben schon versucht, ihre Propaganda bei Versammlungen anzubringen, die von einem der jüdischen Kandidaten, dem Labour-Kandidaten, Mr. Leslie Lever, gehalten wurde. Am Montagabend wurde ein Sympathisierender der Labour Partei beim Verlassen einer Versammlung im Mr. Lever einberufen hatte, zusammengeschlagen... Die Vereinigung ehemaliger jüdischer Frontkämpfer in Manchester hat in Erwartung weiterer Versuche, jüdische Versammlungen zu sprengen, Beobachter entsandt. Inzwischen wird in Manchester eine zweiseitige antisemitische Broschüre verkauft; „Die Londoner Proklamation der europäischen Befreiungs-Front“. Ein Punkt in dieser Broschüre lautet: „Die sofortige Ausweisung aller Juden und anderer parasitärer Fremdlinge von der europäischen Erde.“ „Reynolds News“, London

## „Schöne Redensarten“

Wenn der amerikanische Hohe Kommissar (in seiner Stuttgarter Rede, die Red.) auch ausgezeichnete Dinge sagte, so erschreckt es doch zweifelhaft, ob sie dazu helfen, die Lage in Westdeutschland zu klären. Zunächst sind die Schwierigkeiten in erster Linie wirtschaftlicher Natur und er hat sich vor allem mit der politischen Seite des Problems befaßt. Als er in neun Punkten darlegte, daß Deutschland Mitglied eines freien Europas werden soll, daß es von seinem Verantwortungsbewußtsein Zeugnis ablegen muß usw., hat er schöne Redensarten gebraucht, die nützlich sein können, um daran zu erinnern, daß man ihn höflich anhören muß. Ob sie aber eine Wirkung ausüben, ist nicht sicher. „Le Monde“, Paris.

## USA verdrängte Europa von südamerikanischen Märkten

Auf dem lebenswichtigen latein-amerikanischen Markt betragen die europäischen Exporte, die einmal doppelt so hoch wie die Vereinigten Staaten waren, im Jahre 1948 weniger als die Hälfte des amerikanischen Anteils. „The Economist“, London.

Das Ultimatum wird als Zeichen der immer weiter um sich greifenden Unzufriedenheit von 125 000 Rothäuten angesehen, die die Gewährung von Staatsbürgerrechten verlangen. (AFP)

## Verletzung der diplomatischen Praxis

Sofia. Die bulgarische Regierung bezeichnete den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Bulgarien am Mittwoch als „eine Verletzung der diplomatischen Praxis“. In einer offiziellen Erklärung heißt, diese amerikanische Maßnahme könne nur als Versuch gedeutet werden, stärkeren Druck auf Bulgarien auszuüben. (Reuter)

## Atomwissenschaftler fordern Kontrolle

London. Elf führende britische Atomwissenschaftler, darunter der Sekretär des Atomausschusses des Verbandes der britischen Wissenschaftler, Dr. Burhop, ver-

öffentlichten eine Erklärung, in der sie unter Hinweis auf die verheerenden Wirkungen eines Atomkrieges die britische Regierung auffordern, umgehend mit der Sowjetunion Fühlung zu nehmen.

## Bankrott der Churchill-Politik

Moskau. Winston Churchills Vorschlag, auf höchster Ebene neue Verhandlungen mit der Sowjetunion zu führen, bezeichnete der Sender Moskau am Mittwochabend als Eingeständnis des Bankrotts jener Politik, die Churchill vor vier Jahren in seiner Rede in Fulton verkündete. „Churchill versucht, den Wunsch der britischen Bevölkerung nach Frieden für seine eigenen Wahlmannschaften auszunutzen. Aber die Fulton-Politik, die auf die Weltherrschaft der anglo-amerikanischen Monopole abzielte, ist völlig gescheitert. Churchills Wahlmanöver sind ein deutlicher Beweis dafür.“ (Reuter)

## Es wird bestritten

Bremen. (Nach dpa) Das Hauptquartier der amerikanischen Hafenverwaltung Bremerhaven bestreitet in einer Stellungnahme, daß die gemeldeten 674 Panzer in Bremerhaven ausgeladen worden seien.

## Radio-Hörer!

Der Deutschlandsender bringt in seiner Sendung für Westdeutschland am Samstag, den 25. Februar, um 21 Uhr, eine Hörfolge zum Demontagestop-Prozess in Hannover.

### Wer als Genosse

eine der sogenannten „unabhängigen“ bürgerlichen Zeitungen abonniert hat, leistet damit allmonatlich einen Beitrag an die Reaktion!

Er finanziert kurzzeitig und verantwortungslos seine Gegner, die ihn und seine Partei mit Schmutz bewerfen. Er hilft selbst mit, die Ketten der Unfreiheit, der Ausbeutung und der Rechtslosigkeit für die werktätige Bevölkerung fester zu schmiegen.

Freunde der Wahrheit, der sozialen Gerechtigkeit, der Einheit und des Friedens — Eure Zeitung kann nur „Unser Tag“ sein, die Zeitung, die es wagt, die Wahrheit zu schreiben, die einzige Zeitung der nationalen Opposition!

### Aus dem Parteileben

**Singen.** Für Freitag, den 24. 2. 1950, um 20 Uhr, ist eine Mitgliederversammlung des Stadtteils I angesetzt. Wir bitten um pünktliches Erscheinen im Sekretariat, Ekehardstr. 15.

**Freiburg.** Am heutigen Freitag, 24. Februar, findet um 20 Uhr, unsere regelmäßige Funktionärschulung statt, zu der wir nochmals, besonders alle jungen Genossen, einladen. Beginn pünktlich in der Vauhanstraße 12. Thema: Kap. VI der Resolution des Parteivorstandes: Das unaufhaltbare Wachstum der Friedenskräfte — ein Sieg der marxistisch-leninistischen Lehre.

**Offenburg.** Am Freitag, den 24. Februar, 20 Uhr findet der Bildungs- und Diskussionsabend der Ortsgruppe im Gasthaus zur Wiede statt. Es ist Pflicht der Mitglieder an diesem Abend teilzunehmen.

**Stockach.** Mitgliederversammlung am Samstag den 25. Februar 1950, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zur Linde“. Schulungsdiskussion über das Thema: „Die Rolle der Partei“. Diesen Teil der Parteiresolution nochmals zuvor studieren!

**Emmendingen.** Am Samstag, 25. Februar, 20.30 Uhr, Mitgliederversammlung in der Hebelstraße 1. Die Genossen werden um pünktliches und vollzähliges Erscheinen gebeten. Thema: Die Resolution des Parteivorstandes über die ideologisch-politische Festigung unserer Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus.

**Hilzingen.** Am Sonntag, den 26. Februar, 14 Uhr, findet in Twiefeld die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe statt. Ref. Gen. Karl Thoma. Thema: „Ideologische Klärung und Festigung“. Bitte vollzählig erscheinen.

### TERMINE DER FDJ

**Freiburg.** Heute, Freitag, treffen sich die Teilnehmer an der Westdelegierten-Konferenz pünktlich um 15 Uhr gegenüber vom Hauptbahnhof. Die Wochenendschulung am Samstag fällt aus.

**Freiburg.** Wir machen bereits heute darauf aufmerksam, daß am nächsten Mittwoch, um 20 Uhr, im Gruppenabend das Programm des Deutschlandtreffens und die bisher geleisteten Vorbereitungen Mittelpunkt einer ausführlichen Aussprache bilden werden.

**Alle Freiburger Jugendliche,** die sich für die Teilnahme am Pfingsttreffen in Berlin interessieren, sind herzlich eingeladen, am Gruppenabend teilzunehmen. Termin: Mittwoch, 1. März, 20 Uhr, pünktlich in der Schenkendorfschule in Haslach. Straßenbahn-Endhaltestelle Haslach.

## Kampf um den Lastenausgleich muß auf breiter Grundlage geführt werden

**Leutesheim.** Kürzlich beschloß der Ortsverein Leutesheim im Bund der Fliegergeschädigten seinen Austritt aus dem Bunde. In einem ausführlichen Bericht geht der bisherige Vorsitzende des Ortsvereins auf die Gründe ein, die zu diesem Beschluß geführt haben und nimmt dabei scharf zu der Tätigkeit der Bundesleitung Stellung. Er kritisiert, daß es bisher beim Bund nur stundenlange Reden und papierene Proteste gegeben habe, mit denen die Probleme der Fliegergeschädigten und Flüchtlinge nicht gelöst werden können. Weiter geht er auf die Zustände im Kreise Kehl ein, wo sich am besten beweisen habe, daß die Regierung keinerlei ernsthafte Maßnahmen hinsichtlich der Unterbringung und Existenzmöglichkeit der Fliegergeschädigten und Flüchtlinge vornimmt. Die Bundesleitung habe auch hier versagt und die Forderungen der Geschädigten in keiner Weise erfüllt.

### Austritt ist keine Lösung

Was sagte das Beispiel Leutesheim? Es zeigt die immer größer werdende Unzufriedenheit der Fliegergeschädigten, denen man zwar viele Versprechungen machte, aber nicht half. Als seinerzeit die Kommunistische Partei in Freiburg die Initiative ergriff, um durch eine breite Protestaktion gegen die unsozialen Maßnahmen im Rahmen des Soforthilfegesetzes den Forderungen der Fliegergeschädigten zu ihrem Recht zu verhelfen, war es die Bundesleitung, die versuchte diese Protestaktion zu sabotieren. Inzwischen ist einige Zeit verstrichen. Aber von irgendwelchen konkreten Maßnahmen haben die Fliegergeschädigten noch immer nichts gemerkt. Statt dessen wendet sich die Leitung des Fliegergeschädigten-Bundes an alle Mitglieder und geschädigte Nichtmitglieder, um von ihnen die Höhe ihrer Schäden zu erfahren. Statt die Fliegergeschädigten zum Kampf um ihre berechtigten Forderungen ernsthaft zu mobilisieren, beschäftigt sich das Freiburger Büro mit statistischen Erhebungen. Die ausführliche Kritik des Leutesheimer Vorsitzenden ist also auch heute noch vollumfänglich berechtigt und kann nur unterstrichen werden.

War aber trotz allem der Beschluß des Leutesheimer Ortsvereins, aus dem Fliegergeschädigten-Bund auszutreten, richtig? Diese Frage muß verneint werden. Der Kampf der Fliegergeschädigten um ihre Rechte kann nur Erfolg haben, wenn sie ihn in einer starken Organisation aufnehmen. In Westdeutschland sind 15 Millionen Menschen an einer schnellen und wirksamen Durchführung des Lastenausgleichs interessiert, weil für die meisten von ihnen Existenz und menschenwürdige Wohnungen davon abhängen. Die regierenden politischen Parteien haben praktisch nichts für die Verwirklichung eines umfassenden Lastenausgleichs getan, obwohl es im Währungsgesetz heißt, daß bis zum Ende 1948 ein Gesetz zu erlassen sei, auf Grund dessen, die zur Durchführung des Lastenausgleichs erforderlichen Mittel durch besondere Vermögensabgabe aufzubringen sind. Statt dessen wurde auch in Südbaden das sogenannte Soforthilfe-Gesetz erlassen, das bis heute in keiner Weise den Ansprüchen der Fliegergeschädigten gerecht wurde. Wie dieses Gesetz im Wahlkampf des vorigen Jahres unter Täuschung der Massen über seinen wirklichen Inhalt als Agitationsmittel von den bürgerlichen Parteien verwandt wurde, ist bekannt. Bei den Millionenmassen der Geschädigten wurden Hoffnungen erweckt auf die „sozialen Absichten“ der herrschenden Parteien und ihre Stimmabgabe dadurch beeinflusst. Mit Absicht unterließ man es, Aufklärung über die

Beschränkungen dieses Gesetzes, bei dem die Masse der Kriegs- und Währungsgeschädigten, insbesondere der Flüchtlinge, leer ausgehen, zu schaffen.

### Die KPD ergreift die Initiative

In der Praxis hat sich dann die völlige Unzulänglichkeit des Gesetzes bewiesen. Erst vor wenigen Tagen ging durch die südbadische Presse die Nachricht, daß Anträge auf „Hausratshilfe“ vorerst nicht mehr angenommen werden. Im November 1949 beschloß der Bundestag auf Antrag der Kommunistischen Partei, noch vor Weihnachten 120 Millionen DM als Vorauszahlung bereit zu stellen. Selbst diesen Beschluß und die weitere Durchführung des Gesetzes wird systematisch von der Regierung sabotiert, indem man die Rentenempfänger zur Wohlfahrtspflege zurückweist und jeden Rechtsanspruch für Geschädigte verneint. Bewußt stellt man sich schützend vor die Großindustrie, die man im Grunde genommen, von jeder Zahlung freistellt. Die Kommunistische Partei hat im Bundestag wiederum einen Antrag eingebracht, der die wichtigsten Forderungen des in der seinerzeitigen Protestversammlung in Freiburg von den Fliegergeschädigten aufgestellten 12-Punkte-Programms enthält. In einem zweiten Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, unverzüglich einen Gesetzesentwurf über den endgültigen Lastenausgleich vorzulegen. In diesem Entwurf müssen folgende Grundsätze verankert sein: Flüchtlinge, Fliegergeschädigte, Währungsgeschädigte und alle anderen Kriegsgeschädigten, die infolge direkter oder indirekter Kriegseinwirkungen Schäden an ihrer Gesundheit und Arbeitsfähigkeit sowie Schäden an selbsterworbenem Eigentum erlitten ha-

ben, haben einen Rechtsanspruch auf Entschädigung, die den Geschädigten eine gesicherte Existenz und ein gesundes Wohnen gewährleistet.

Das Vermögen von Arbeitern, Angestellten und Gewerbetreibenden, Kleinbauern und Geistesschaffenden, welches den Betrag von 10 000 DM nicht übersteigt, ist von Abgaben für Zwecke des Lastenausgleichs frei.

Die für den Lastenausgleich erforderlichen Mittel sind auf folgende Art zu beschaffen: Das Vermögen der Kriegsverbrecher und -interessenten und Nutznießer des Naziregimes, der Nachkriegsspekulanten und Großschieber wird restlos enteignet und für den Lastenausgleich verwendet.

Aller Großgrundbesitz über 100 ha, darüber hinaus bei Kriegsverbrechern und Nutznießern des Naziregimes der gesamte Grundbesitz wird entschädigungslos enteignet und unter die anspruchsberechtigten Flüchtlinge, Kleinbauern und Landarbeiter aufgeteilt.

Vermögenszuwachs, welcher durch Nutzung der aus der hiesigen Kriegsrüstung, aus Kriegslieferungen, aus Ausrüstungsmaßnahmen, aus der Ausplünderung der besetzten Gebiete und durch die Ausbeutung von Fremdarbeitern zustande gekommen ist, wird enteignet und für den Lastenausgleich zur Verfügung gestellt.

Unerhöhte Mittel für die Zwecke des Lastenausgleichs zu beschaffen, wird die Bundesregierung beauftragt, Verhandlungen mit den Hohen

## VVN rückt eindeutig von Dr. Heiland ab

**Freiburg.** Die VVN, Kreisgruppe Freiburg nimmt in einer öffentlichen Erklärung zu den Vorgängen auf der letzten Kreisversammlung im Helmsaal der Harmonie-Stellung und zu der Diskussion, die die Ausführungen Dr. Heilands in der Öffentlichkeit ausgelöst haben. Sie gilt dabei zuerst auf die Ausführungen Dr. Heilands, der einleitend das Wiedergutmachungsgesetz erläutert und bereits in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen hatte, daß nach Mitteilung des Justizministers das Land Baden nicht in der Lage sei, für die Wiedergutmachungsausschüsse genügend Richter aufzubringen, die nicht der NSDAP angehört hätten. Diese Tatsache hatte die VVN zu einem entsprechenden Protestschreiben an die Hohe Alliierte Kommission veranlaßt.

In der Erklärung der VVN heißt es dann wörtlich:

„An diese Ausführungen knüpfte Ministerialrat Dr. Heiland, Leiter des Amtes für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung an und erklärte, daß die politisch Verfolgten, soweit sie qualifiziert sind, im öffentlichen Dienst untergebracht wurden. Größtenteils seien sie aber für den öffentlichen Dienst nicht geeignet, sodaß es besser sei, daß ehemalige Nazis maßgebliche Stellen in Staat und Wirtschaft bekleiden. Auf diese Weise würden falsche Entscheidungen nicht den Verfolgten, sondern den ehemaligen Parteigenossen zur Last fallen. Ebenso töricht sei es, frühere Parteigenossen als Richter in den Wiedergutmachungsausschüssen abzulehnen.“

Nachdem die Erklärung hiermit nochmals bestätigt hat, was die südbadische Presse kurz nach der Kreisversammlung ihren Lesern über die unerhörten Ausführungen des Dr. Heiland berichtet hatte, fährt sie fort:

„Die VVN Freiburg muß diese Auffassung Dr. Heilands, über deren Tragweite er sich vielleicht nicht bewußt war, entschieden zurückweisen.“

Im Folgenden widerlegt die VVN im Einzelnen die Behauptungen Dr. Heilands und nimmt entschieden gegen die Zumutung Stellung, durch diejenigen Entscheidungen über die Wiedergutmachungsansprüche fallen zu lassen, die während des Dritten Reiches dazu beigetragen, den Antifaschisten das geschehene Unrecht zuzufügen.

Unterstrichen werden muß die Erklärung noch durch den Hinweis auf den neuesten Versuch, die Reihen der Antifaschisten zu spalten, nachdem dies mit Hilfe solcher Leute wie Heiland oder das jüngste Beispiel Hedler mißglückte. Jetzt soll eine offene Spaltung dazu beitragen, den Widerstand gegen die Handlanger des Imperialismus und seine Remilitarisierungspläne in Westdeutschland zu brechen. Dieser Versuch kann nur die entschlossene Antwort der VVN-Mitglieder erhalten, nicht müde zu werden im Kampf gegen jede neue faschistische Entwicklung und seine Folgen, die das deutsche Volk wiederum in unabsehbarem Unglück stürzen würden. Es ist bezeichnend, daß im Zusammenhang mit diesem neuesten Spalterversuch, Leute wie Adenauer und Köhler genannt werden, die absolut nichts mit Antifaschismus zu tun haben.

Abschließend wird in der VVN-Erklärung dann betont, daß sich „die VVN Freiburg mit den Ausführungen Dr. Heilands in keiner Weise identifizieren kann, sondern sich nicht nur im Hinblick auf berechnete Belange der politisch Verfolgten, sondern auch im Interesse des Gemeinwohls zu dieser öffentlichen Erklärung verpflichtet fühlt.“

Kommissaren mit dem Ziel aufzunehmen, daß die unerträglich hohen Besatzungskosten auf ein dem niedrigen Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung entsprechendes Niveau herabgesetzt werde.“

Als seinerzeit Vorstandsmitglieder des Ortsvereins der Fliegergeschädigten in Freiburg, der Badische Rentnerbund, Gewerkschaftsmitglieder, der Vorstand der KP, Ortsgruppe Freiburg und die Freiburger FDJ mit den 12 Punkten zum Soforthilfegesetz an die Bundesleitung der Fliegergeschädigten, an die Gewerkschaften, an die Innungen und den Verband der Kriegsversehrten herantreten, erklärten gerade die Leitungen dieser großen Geschädigten-Organisationen, einschließlich der Flüchtlings-Organisation, ihre „parteiliche Neutralität“ zwingen sie, von einer Unterstützung dieser 12 Punkte Abstand zu nehmen. In der Tat bedeutete dies ein Ausweichen vor einer eindeutigen Handlung im Interesse der Mitglieder. Diese Interessen haben sich seither nicht geändert, sondern die Geschädigten des letzten Krieges leben in immer größerer Not, so daß es kein Ausweichen mehr geben kann, will man nicht Millionen Menschen im Elend verkommen lassen. Für die Mitglieder der Geschädigten-Organisationen steht daher die Aufgabe, jetzt ihre Organisationen zu zwingen, ernsthaft an die Durchsetzung ihrer Forderungen heranzugehen und sich von keiner antikommunistischen Hetze beeinflussen zu lassen, die nur dazu dienen soll, vom Problem abzulenken und darüber hinwegzutäuschen, daß man nichts tun will. Die Kraft der Geschädigten ist stark genug, jeden Widerstand gegen ihre berechtigten Forderungen zu überwinden.

### Arbeitslosigkeit in Mannheim steigt

**Mannheim.** -qu- Trotz aller zuversichtlichen Prognosen leitender Stellen, die krampfhaft bemüht sind, den unaufhaltsamen Ruin unserer westdeutschen Wirtschaft mit schönen Worten zu verschleiern, sprechen die Tatsachen — auch in Mannheim — wieder einmal eine wesentlich andere Sprache. So hat sich die Arbeitslosigkeit in Mannheim in der ersten Februarhälfte (vom 31. Januar bis 5. Februar) von 5126 männlichen Personen um 277 auf 5403 erhöht. Auch bei den weiblichen Personen ist eine Steigerung von 3702 um 90 auf 3792 zu verzeichnen, so daß auf dem gesamten Arbeitsmarkt Mannheim heute 9195 Arbeitslose anfallen.

Diese Zahl umfaßt aber keineswegs sämtliche Arbeitslosen. Weit größer ist die wirkliche Zahl derer, die darüber hinaus ohne Beschäftigung und Unterstützung sind, weil sie entweder auf Grund bestimmter Verordnungen oder bei Aussteuerung aus dem Unterstützungsverhältnis nur noch von der Not, aber von keinem Amt mehr registriert werden.

In bestimmten Kreisen und auch teilweise in der örtlichen Presse bringt man das erneute Ansteigen der Arbeitslosenziffer wieder einmal in eine notwendige Verbindung mit der augenblicklichen „Saison“. Eine „Saison“, die ununterbrochen bereits seit ein- einhalb Jahren anhält, ist keine Saison mehr, sondern eine zwangsläufige Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftspolitik, die in Westdeutschland ihre hauptsächlichsten Vertreter in Dr. Adenauer, Erhard und Pferdmeiges hat.

### Rentenzahlung

**Rastatt.** Am Postschalter werden gezahlt: am Samstag, den 25. Februar die Militärenten für Februar 1950, Dienstag, den 28. Februar die Unfall- und Angestelltenrenten für März 1950, am Mittwoch, den 1. März die Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten für März 1950.

## Nahrungsmittel als Heilmittel

### Zucker und Honig

Zu den Kohlehydratträgern gehören außer den Körnerfrüchten, mit denen wir uns zuletzt beschäftigt haben, auch der Zucker und der Honig.

Der Kalorienwert von 100 Gramm Zucker liegt um 400 (zum Vergleich: der von Körnerfrüchten um 350, von Butter um 800); er ist also ein guter Energiespender. Im übrigen gehen die Meinungen der Ernährungswissenschaftler über Schaden und Nutzen des Zuckers auseinander. Fest steht, daß Kinder und körperlich schwer arbeitende Menschen ihn brauchen, aber auch sie nur von Zeit zu Zeit und wenig auf einmal. Da Zucker stark sättigt und die Aufnahmebereitschaft für die auf den verschiedensten notwendigen Nährstoffen aufgebauten Mahlzeiten herabmindert, sollte man ihn nie vor dem Essen genießen, sondern an Stelle einer Zwischenmahlzeit oder nach dem Essen. Zu oft z. B. täglich genossen, sind Süßigkeiten, Süßspeisen, Kuchen usw. unter allen Umständen abzulehnen: sie erzeugen Übersäuerung und Gärungserscheinungen im Verdauungsapparat und belasten die Leber. Am besten stellt man für Kinder eine Art Karamelbonbons selbst her, indem man Zucker mit etwas Fett, am besten Butter, in der Pfanne zerläßt und nach dem Erkalten in kleine Stücke bricht. In dieser Form, langsam im Munde gelöst, ist er auch weniger schädlich für die Zähne als Schokolade und süßes Gebäck und leistet bei schwerer, langanhaltender Arbeit und anstrengenden Märschen gute Dienste, während gefärbte, mit künstlichen Geschmacksstoffen aromatisierte Bonbons Übersäuerung und Durst hervorrufen. Wer seine Nahrung richtig zusammensetzt und auf die Erhaltung der Vitamine, Mineralstoffe und der natürlichen Süßigkeiten der Früchte achtet, wird nicht oft Bedürfnis nach süßen Sachen haben.

Menschen, die zu Übersäuerung, Magen-Darm- und Lebererkrankungen, zu Gicht und Rheumatismus neigen — von Zuckerkrankheit gar nicht zu reden —, sollten den Genuß von Zucker soweit wie irgend möglich einschränken.

Der echte Blütenhonig ist gesund und heilsam, wenn man ihn nicht unmäßig isst. Ein bis zwei Eßlöffel am Tage auf Brot oder im Tee können niemals schaden. Die im Honig enthaltene Ameisensäure macht sich nur bei übermäßigem Genuß unangenehm bemerkbar (Gegenmittel: etwas frischer, unverdünnter Zitronensaft). Auf ihr beruht gerade die günstige Einwirkung des Honigs auf alle rheumatischen Erkrankungen. Im übrigen gilt Honig von alters her als Heilmittel

bei Lungen-, Blasen- und Nierenleiden. Bei Husten trinke man mehrmals am Tage ein bis zwei Eßlöffel Honig und einen Eßlöffel Butter in einem Glas heißer Milch, besonders vor dem Schlafengehen, aber ohne etwas dazu zu essen. Beim Einkauf bevorzuge man den festen Honig, der flüssige ist künstlich erhitzt worden (wenn er nicht ganz frisch geschleudert ist) und hat wichtige Duft- und Geschmacksstoffe eingebüßt. Die Farbe zeigt die Herkunft an: Heidehonig ist hellrot, Klee- und Lindenblütenhonig grünlich-grau, Obstblütenhonig gelb bis gelbbraun, Wiesenhonig gelb bis dunkelbraun, Fichtenhonig dunkelbraun. Else Hammon

### Für praktische Leute

Zitronensaft, auf Zucker geträufelt und in einem Schraubglas aufbewahrt, läßt sich lange Zeit frisch halten.

Bratpfannen werden nicht mit dem Abwaschwasser ausgewaschen, sondern auf dem Feuer mit Salz bestreut und kräftig ausgehoben. Natürlich gilt dies nur für die Innenflächen der Pfannen.

Salmiakgeist ist ein ausgezeichnetes Mittel zum Inhalieren bei Erkältungen. Beugen Sie Ihren Kopf über eine mit dampfendem Wasser und einem Eßlöffel voll Salmiakgeist gefüllte Schüssel, atmen Sie regelmäßig und tief und verhindern Sie das Abziehen des Dampfes durch ein großes Frottierstück.

Staubfreies Klopfen von Polstermöbeln und Matratzen erzielt man, wenn man ausgewundene, feuchte Tücher auf die zu klopfenden Gegenstände legt. Der Staub wird nicht aufgewirbelt und bleibt in den Tüchern gebunden.

### Kleine Tips

Beim Stricken ist es ratsam, an den besonders verschleißbaren Stellen wie beim Pullover an den Ellbogen und Unterarmen, bei Strümpfen, Ferse und Spitze, bei Rodel- und Trainingsanzügen die Knie, einen dünnen gleichfarbigen Faden mitzustricken.

Die Knöpfe, die besonders halten sollen, näht man am besten mit einem Faden, den man über ein Talglicht streicht, an.

Blumenvasen reinigt man innen mit Wasser, dem man etwas Essig und Salz hinzugefügt hat. Gut durchschütteln.

In feuchten Wohnungen empfiehlt es sich, in die Kleiderschränke ein kleines Kämpfersäckchen zu hängen, welches die Feuchtigkeit ansaugt.

## Ballade der Menschlichkeit

Von Walter Stranka

„Dort geht es dir nicht schlecht. Bekommst den Sold, verlachst die Not und lobst den Tag.“  
Das hat man mir gesagt,  
als ich gesund, doch ohne Brot zu Hause lag.

Ich kam bis Stalingrad.  
Dort traf es mich. Ich lag im Dreck und froh ganz blau.  
Da schrieb ich noch mit Blut:  
„Laß unsern Karl zu Haus nicht weg!“ an meine Frau.

Dann wollt ich schlafen gehn.  
Doch eine Russin kam und trug mich aus dem Krieg.  
Ihr Haar war fahl versengt.  
Sie fragte deutsch: „Ist nun genug?“  
Verband und schwieg.

Jetzt bin ich längst daheim.  
Doch ist ihr Blick noch immer da.  
War sie mein Feind?  
Ich weiß es ganz genau:  
Als sie mich jungen Karol Krüppel sah,  
hat sie gewinkt.

Der Verfasser dieser eindrucksvollen Verse ist ein Heimkehrer, der dem Arbeitskreis junger Autoren in Thüringen angehört. Sein Gedicht entnehmen wir dem soeben erschienenen Band: „Wir waren Augenzeugen... Heimkehrer berichten“, Verlag Kultur u. Fortschritt, Berlin 1950.

## Kulturelle Umschau

**Der Kapellmeister des Nationaltheaters Mannheim, E. Riede,** ist an die Dresdener Staatsoper verpflichtet worden und wird am 1. September Mannheim verlassen.

**Paul Hindemith** wird vom 19. bis 30. Juni am Salzburger Mozarteum über „musikalisches Erfinden und Gestalten“ unterrichten. Der Kursus ist in erster Linie für Fortgeschrittene gedacht.

150 Theater haben in Westdeutschland und Westberlin seit der Währungsreform schließen müssen, erklärte der Direktor des Deutschen Bühnenvereins, Dr. Benecke in Düsseldorf. Die restlichen 140 Theater befinden sich fast alle in größten Schwierigkeiten.

Das neue Magdeburger Theater (Deutsche Demokratische Republik) wird nach seiner Vollendung voraussichtlich im Herbst eröffnet werden. Die Kammerstücke Quedlinburg wurden jetzt als zweites Theater der Stadt eröffnet.

## Neues aus der Welt des Films



Gudrun Genest, Lotte Löbinger und Ilse Trautschold  
In dem neuen DEFA-Film „Sammelweiß“  
Foto: Defa, Berlin

Einem neuen wertvollen Film dreht gegenwärtig die aktivste und beste deutsche Filmgesellschaft, die DEFA, deren Filme bereits Weltbedeutung errangen. Er behandelt das Leben des Wiener Arztes Dr. Ignaz Semmelweis, der die Ursache des Kindbettfiebers fand und zum Retter der Frauen wurde. Das Drehbuch schrieben Joachim Barckhausen und Alexander Graf Stenbock-Fermor. Die Regie führt Georg C. Klaren. Die Titelrolle spielt der bekannte Wiener Schauspieler Karl Paryla. Weiter wirken mit Käthe Braun, Angelika Hauff, Camilla Spira, Eduard von Winterstein, Herbert Bübner, Elga Brink und eine ganze Reihe junger Nachwuchs-Schauspieler. Die Musik schrieb Herbert Trantow.

„Frauenarzt Dr. Prätorius“. Bei aller Anerkennung für das Paar Curt Goetz-Valerie von Martens liegt auf dem nach dem Goetzchen Bühnenstück gedrehten Film fingerdick der Staub. Die mit einem rosaroten Schleier träneneuchten Gartenlaubentischchen umspannende Handlung ist nicht nur dürftig, sondern auch ohne Schwung, ohne Tempo und ohne Einfall. Das Ganze besteht hauptsächlich aus nichts anderem als wenig einfallsreich fotografierten

Duetten und Solonummern des Ehepaares Goetz-Martens, dessen Charme zwar außer Frage steht. Aber das ist für einen abendfüllenden Film doch etwas zu wenig.

„Die große Liebe“. Hans Bertram fabrizierte dieses Kitsch-Liebesgeschichtchen zweier „Jugendgeliebten“, wozu er offenbar das „Gefühl“ bei Frau Courths-Maler und die „Handlung“ bei einer ihrer Nachahmerinnen borgte. Sie ist von „edlem“ Geblüte, er nur ein „Bürgerlicher“. Einer steifen Frau Mama werden damit die hochgespannten Heiratspläne verdoeben und schließlich fällt das Töchterchen sogar in „Schande“ und rutscht immer tiefer. Und das spielt, grauhaft zerdehnt, zwischen 1900 bis 1945 und es scheint als hätte Bertram nie etwas von dramatischen Gesetzen gehört. Es ist qualvoll anzusehen wie Gisela Uhlen in einer Schmierrolle mißbraucht wird, desgleichen Elisabeth Flickenschild.

„Sturm über Asien“. Pudowkins weltbekannter Meisterfilm wird durch Sovexport demnächst in Deutschland wieder aufgeführt.

Charlie Chaplin wurde bei einer Abstimmung von 200 Filmexperten in Hollywood zum größten Schauspieler des Jahrhunderts ernannt.

# Filmen heute — oder die Kehrseite der Medaille

„Filmen ist langsamer Selbstmord“ meinte neulich Sepp Allgeier, der gerade einen Spielfilm fertig gedreht hatte. Er sah auch danach aus, und sein abgearbeitetes, müdes Gesicht verriet uns mehr als Worte.

Kein Wunder, der Kameramann hat ja auch zweifellos die meiste Arbeit. Von allen am Film Beteiligten ist er der einzige, der bei jeder Szene, außer dem Regisseur, da sein muß und stets oft trotz Überermüdung hundertprozentig auf der Höhe sein muß. Er ist auch derjenige, der immer vibriert und in ständiger Unruhe um die Filmbilder bangt. Auf Kommando, von allen Seiten gehetzt, muß er künstlerische Bilder in Ausschnitt, Beleuchtung und Bewegung am laufenden Band liefern. Nur wenige wissen, was es heißt, wenn der Aufnahmeleiter mit der Uhr in der Hand hinter der Kamera steht.

Auf Befragen erzählte uns Herr Allgeier: „War es in sogenannten Friedenszeiten schon schwer, gute Bilder in den Kasten zu bekommen, so ist dies heute — bei der kurzen Drehdauer der Filme unter oft primitiven Verhältnissen — umso aufreißender.“

Schon beim Drehbuchschreiben geht der Tanz los, und bald jeder, der beim Film etwas zu sagen hat, möchte gerne seine Weisheit zum Besten geben. Bis dann jeder seine „Idee“, die er für die einzig richtige hält, dazu gegeben hat, ist manchmal schon der Keim des Mißerfolges aufgegangen. Dann geht es erst los mit der Finanzierung, und

Miße Erfolg länger halten, indem sie so lange weiterfilmen können, bis sie wieder ein Plus zu verzeichnen haben. Bei uns ist dies unmöglich.

Der total verlorene Krieg hat auch den deutschen Film an den Rand des Abgrunds gebracht, und die großen Filmagnaten Amerikas tun alles, ihm vollends den Gnadestoss zu versetzen. Denn eines ist klar, daß es noch genügend deutsche Filmschaffende gibt, die das Zeug dazu haben, gute Filme zu drehen. Wenn aber alles gedrosselt wird, und die Bildung von Kombinationsfirmen verboten ist, ist dies unmöglich. Da wirft man sich die Frage auf, ob sich der deutsche Film überhaupt noch weiter rentiert.

Kommt aber trotzdem nach enormen, für den Außenstehenden kaum begreiflichen Schwierigkeiten doch ein Film zustande, so ist es als ein Wunder zu bezeichnen, wenn er überhaupt fertig wird, und ganz gleich, ob gut oder schlecht, über die Leinwand geht.

Leider sind nicht immer die besten brachliegenden Kräfte eingesetzt, und es klingt merkwürdig, daß es auch hier von Kleinigkeiten, vom Zufall oder vom Glück, nicht immer vom Können abhängt, eingesetzt zu werden. Oft werden gerade die nächstliegenden Filmschaffenden, die am bequemsten zu erreichen sind, herangezogen.

Von Pontius bis zu Pilatus geht täglich

der schwere Weg, oft durch heiße Trümmerrassen, mit neuem Mut und voller Hoffnung zu dem oder jenem, von einem Produzenten zum andern, von einem Regisseur zum andern, die alle einen Film mit einem Drehen wollen. Eifrige, angeregte Gespräche entwickeln sich stundenlang, bis einem vor lauter neuen Ideen der Schädel brummt, aber geschehen tut nichts. Immer wieder wird begonnen, abgesagt und versprochen, aber nur wenig gehalten. Ein Vorhaben jagt das andere, und wenn es an die Finanzierung geht, ist es aus. Da springt die entscheidende Bank ab, dort war der Verleih nicht einverstanden, woanders ist die Jahreszeit zu weit fortgeschritten, auch Schwindler sind manchmal am Werk, die das Geld für die Vorbereitungen anderweitig verpulvern. Motive werden gesucht für Filme, die überhaupt nie gedreht werden. Und so geht es weiter, jeden Tag dasselbe trostlose Bild, und man ist manchmal froh, gerade noch das Tramgeld für die glückliche Heimreise zu haben, wo einem die sorgenvollen Augen von Frau und Kind erwarten.

Es gibt wohl nirgends krassere Gegensätze zwischen arm und reich, Auf- und Abstieg, Glanz und Elend, die so nahe beieinander liegen wie gerade beim Film.

Dann braucht man nur noch das „Glück“ zu haben, Spezialist, d. h. für eine bestimmte Art von Aufnahmen, Rolle oder

Typ festgelegt zu sein, dann ist es heute gleich ganz aus. Man ist und bleibt eben „gestempelt“ bis zum bitteren Ende. Nur noch in den seltensten Fällen wird man geholt, und an brachliegenden guten Kräften wird letzten Endes so lange herumgörgelt, bis dann glücklich eine schlechtere Garnitur beisammen ist. Hat man aber trotzdem einmal das Glück, alle paar Monate auf ein bis zwei Tage geholt zu werden, muß man dem geringen Verdienst förmlich nachlaufen, wenn man ihn überhaupt erhält.

Schließlich fragen wir Sepp Allgeier noch, ob er denn überhaupt keine Hoffnung mehr für den deutschen Film habe und gar keine Ansätze in Deutschland sehe, die aussichtsreich erschienen, worauf er uns zugab, daß „eigenartigerweise“ die „Defa“ in der Deutschen Demokratischen Republik manche guten Filme herausbrachte. In einer längeren Diskussion konnten wir ihm begründen, weshalb das so ist, und daß es der Anstrengungen auch aller Filmschaffenden in Deutschland bedarf, wenn wir uns vor dem Verschluckwerden durch die Hollywood-Produktion bewahren wollen. Mit dem Versprechen, uns vor seinem neuesten Film bald etwas zu erzählen, schied Sepp Allgeier und wir schloßen uns der Hoffnung an, die ein Mitglied der FDJ auf unserer Redaktion aussprach, er möge der südbadischen Delegation zum Deutschlandtreffen in Berlin doch mit seiner Kamerakunst ein bleibendes Andenken schaffen, indem er sich an Pfingsten ihr anschließt. Hoffen wir, daß er die Jugend auch diesmal nicht im Stich läßt.

## Die große Kraft der Einigkeit

Von Kuba

Die Kölsche Grade und die Münchner Madeln, die schwäbische Bursche schnürn ihr Pack und ziehn. Was kümmert uns die Grenze und der Grenzzendarm, heut geht das junge Deutschland Arm in Arm, die Freie Deutsche Jugend stürmt Berlin.

Berlin ist jung vor Jugend wie ein Garten, die Saat der Freundschaft ist uns gut gedieh'n. Jung-Sachsen lächelt und das junge Hamburg lacht, heut wird aus Deutschland wieder eins gemacht, die Freie Deutsche Jugend stürmt Berlin.

Die deutsche Bärenmutter hat uns allen die große Kraft der Einigkeit verliehen. Und immer wird sie Deutschlands Hauptstadt sein, das junge Deutschland nimmt ihr Herze ein, die Freie Deutsche Jugend stürmt Berlin.

## Auf zum Deutschlandtreffen der Jugend Pfingsten 1950 in Berlin!

DFB — der sich richtiger „Westdeutscher Fußball-Bund“ nennen müßte — soeben eine deutsche Fußball-Meisterschaft ausgesprochen, bei der die französische Zone 2 Vertreter entsenden darf, während der DDR mit ihren alterberühmten Fußball-Zentren wie Dresden, Leipzig, Halle, Chemnitz, Erfurt, Magdeburg usw. gnädigst 3 Vertreter zugelassen werden. Wahre deutsche Sportverbände und deutsche Meisterschaften wird es erst geben, wenn Deutschland wieder vereinigt ist und dann werden die Kriegshetzer und Spalter in den Sport-Organisationen Deutschlands nichts mehr zu suchen haben.

## Quer durch den Sport

### Nun wieder Zwickau

Während sich die beiden aussichtsreichsten Anwärter auf die Meisterschaft Dresden-Friedrichstadt und Horch-Zwickau immer mehr von dem übrigen Feld entfernen, wechselt die Tabellenführung zwischen ihnen nahezu von Sonntag zu Sonntag. Hatten die Zwickauer am Vortag infolge ihrer Punktteilung in Babelsberg die Führung wieder an Dresden abtreten müssen, so gewannen sie den ersten Platz am letzten Sonntag zurück, denn Dresden leistet sich abermals auf eigenem Platz vor 40 000 Zuschauern einen Fehltritt durch ein torloses Remis gegen den Tabellenvierten Fortuna Erfurt, während Zwickau auf eigenem Platz zu einem 3:0-Sieg über Anker-Wismar kam. Auch der Tabellendritte Waggon Dessau kam in Gera gegen den Drittletzten nur zu einem 1:1 Unentschieden, so daß sich sein Abstand vom Tabellenführer auf 4 Punkte vergrößerte. Die Nachfolgenden in der Rangordnung, Grube Marga und ZSG Halle konnten ihre Position durch glatte Siege von 5:1 über Meerane bzw. 3:0 über Eintracht Stendal festigen, während Industrie Leipzig in Babelsberg um eine 1:3-Niederlage nicht herumkam. Der Tabellenletzte Vorwärts Schwerin kam zu einem unerwartet hohen Sieg von 5:0 über ZSG Altenburg. Die Spiele erfreuten sich durchweg guten Besuches. Die 40 000 in Dresden sind z. B. in Meisterschaftsspielen der süddeutschen Oberliga bisher nicht annähernd erreicht worden. In Halle waren es 18 000, in Dessau 12 000, in Zwickau ebenfalls 12 000 und die 6000 in Schwerin sind auch sehr beachtlich.

### Schwimmländerkampf in Halle

In einem Länder-Vergleichstreffen der Schwimmer von Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin im Stadbad in Halle siegte die Sachsen-Vertretung mit 95 Punkten vor Thüringen mit 80 Punkten, Sachsen-Anhalt mit 65 Punkten und Berlin mit 12 Punkten, das an den Frauenstaffeln und am Kunstspringen nicht teilnahm. In der 10 mal 100-Meter-Bruststaffel holten sich die Sachsen in 13:34 Minuten einen knappen Sieg. Ebenso heiß umstritten war der erste Platz in der 10 mal 100-Meter-Rückenstaffel, in der die Thüringer in 13:08 Minuten den Sieg davontrugen. Höhepunkt der Landesvergleichskämpfe war die 10 mal 100-Meter-Kraulstaffel, die Schlußmann Piscal mit einer Zehntelsekunde Vorsprung zugunsten von Sachsen-Anhalt entschied. (11:10,6 Min.) Im Kunstspringen holten bei den Frauen Strümpel und bei den Männern Scheffel zusammen 10 Punkte für Sachsen-Anhalt vor Thüringen und Sachsen mit je 5 Punkten. Im Wasserball kam die Sachsenmannschaft zu einem unerwarteten 10:0-Erfolg über die aus Spielern von Boerde Magdeburg und ZSG Halle zusammengesetzte Vertretung von Sachsen-Anhalt und blieb mit 10 Punkten Turniersieger vor Sachsen-Anhalt mit 6 Punkten, Thüringen mit 4 und Berlin mit 2 Punkten. Weitere Ergebnisse: 6 mal 100-Meter-Kraulstaffel: 1. Sachsen 8:02,3 Min.; 2. Thüringen 8:07 Min.; doppelte Lagenstaffel: 1. Sachsen 12:08,4 Min., 2. Thüringen 12:14,4 Min.; Schwellstaffel: 1. Thüringen 14:26,8 Min., 2. Sachsen 15:02,6 Min.; 6 mal 100-Meter-Bruststaffel: 1. Sachsen 9:14,4 Min., 2. Thüringen 9:28,2 Min.; 6 mal 100-Meter-Rückenstaffel: 1. Sachsen 9:00,7; 2. Thüringen 9:13,7; vierfache Lagenstaffel, Männer: 1. Thüringen 21:23,2 Min., 2. Sachsen 21:36,7 Min. Der vom 1. FC Saarbrücken zu den Stuttgarter Kickers zurückgekehrte Läufer Oswald wurde vom DFB drei Monate gesperrt. Von dieser Sperre hat Oswald bereits 7 Wochen hinter sich, so daß er noch in die Endkämpfe der Stuttgarter Kickers um den Verbleib in der Oberliga eingreifen kann.

## DDR will deutschen Sportverkehr mit dem Westen

Mit den Kriegshetzern in westdeutschen Sportorganisationen aber nicht

Der Deutsche Sportausschuss in der Deutschen Demokratischen Republik richtete an den westdeutschen Handballbund folgendes Schreiben:

... In Vervollständigung unseres Telegramms vom 5. 2. teilen wir Ihnen mit, daß wir auf Grund der veränderten Verhältnisse nach Gründung der Deutschen Demokratischen Republik unser geplantes Vorhaben, an dem am 17. bis 18. 2. in Berlin stattfindenden deutschen Hallen-Handballmeisterschaft teilzunehmen, widerrufen.

Die Situation im gesamten Sport, die zur unterschiedlichen Entwicklung geführt hat, wofür die Berufung Dr. Diems das beste Beispiel ist, zeigt in Westdeutschland nicht die geringsten Anzeichen einer dem Frieden dienenden Entwicklung. Das veranlaßt uns, vorläufig auf die Durchführung gesamtdeutscher Meisterschaften zu verzichten. Unabhängig von dieser grundsätzlichen Betrachtung der Meisterschaften streben wir an, einen regen Freundschaftsverkehr mit Gesamtdeutschland durchzuführen.

Wir reichen als demokratische Sportbewegung jedem unserer Freunde im Westen unserer Heimat die Hand, die bereit sind einen deutschen Sport auf wirklich demokratischer und der Einheit und dem Frieden dienender Grundlage zu gewährleisten. Zu gemeinsamer Arbeit, die diesem Ziele dienlich ist, sind wir jederzeit bereit.

Zu dem vorstehenden Schreiben des Deutschen Sportausschusses der DDR an den Westdeutschen Handball-Bund bemerkt die „Tägliche Rundschau“ in Berlin: „Das Schreiben, in dem der Deutsche Sportausschuss dem westdeutschen Handball-Bund mitteilt, daß die demokratische

Sportbewegung an den Hallenhandball-Meisterschaften am 17. und 18. Februar in der Hauptstadt nicht teilnehmen wird, muß allen aufrechten deutschen Sportlern, und ganz besonders denen im Westen Deutschlands, ein Alarmsignal sein. Mit aller Deutlichkeit wird hier ausgesprochen, welches Unheil die Feinde des deutschen Volkes und damit auch des deutschen Sports im Westen anrichten. Durch die verhängnisvolle Spaltungspolitik der Adenauer und Konsorten, von denen ein Dr. Diem auf exponiertem Posten steht, ist der westdeutsche Sport mehr und mehr zu einem Instrument der Kriegshetzer geworden. Es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, vor dieser Tatsache die Augen zu verschließen.

Aus Westdeutschland selbst reichen aber mehr und mehr Sportler ihren Kameraden in der Deutschen Demokratischen Republik die Hand, weil sie erkennen, daß die von der Regierung der DDR großzügig geförderte demokratische Sportbewegung den wahren Interessen der Sportler und damit auch den Interessen des ganzen Volkes dient.

Das Deutschlandtreffen der Jugend zu Pfingsten 1950 in Berlin wird erneut beweisen, wie sich die demokratischen Sportler ganz Deutschlands zu einer unüberwindlichen Mauer des Friedens zusammenschließen.

Diese Begründung der konsequenten Haltung des Deutschen Sportausschusses wird jedem, der die Entwicklung des Sportes und seiner Organisationen in den Westzonen mit steigender Besorgnis verfolgt, ohne weiteres einleuchten. Es ist hier beim Sport genau so wie in der Wirtschaft, im Kulturleben und auf allen übrigen Gebieten: die alten „Führer“ aus der Hitlerzeit

berauben aus sechs Nationen international stark besetzten Prüfung, der im ersten Gang 50,5 m und im zweiten 54,5 m in guter Haltung stand. Der weiteste Sprung des Tages von 56,5 m wurde nur dreimal erreicht.

### Sportliches Allerlei

Der Mittelstürmer von Normannia Gmünd, Schult, der lange Zeit die Torschützenliste in der württembergischen Fußballendliga anführte, hat sich aus beruflichen Gründen nach Konstanz begeben.

Der VfB Mühlburg hat durch den Beitritt der Stürmer Durand (KFV) und Fischer (bisher Ruppert) weiteren Zuwachs erhalten.

Der Süddeutsche Rundfunk überträgt am 19. März das Endspiel um den Bundespokal im Stuttgarter Neckarstadion.

Horch Zwickau	20	16	1	3	55:18	33
Friedrichstadt	20	15	2	3	74:18	32
Waggon Dessau	20	13	3	4	52:27	29
KWU Erfurt	20	12	4	4	45:19	28
Mehring Marga	20	10	4	6	38:38	24
ZSG Halle	20	9	4	7	39:31	22
ZSG Leipzig	20	8	4	8	33:32	20
Babelsberg	20	8	3	9	29:53	19
Einheit Meerane	20	6	3	11	25:39	15
ZSG Altenburg	20	4	5	11	26:42	13
Anker Wismar	20	5	3	12	28:48	13
Gera-Süd	20	3	6	11	25:46	12
Stendal	20	3	5	12	17:37	11
Schwerin	20	3	9	14	24:62	9

## Westdeutsche Sportler in der DDR

### Beim Radsport in Erfurt

Die BSG KWU Erfurt veranstaltete am Wochenende ein Radballturnier, das mit den Gebrüdern Penschel, ATS Kulmbach, den westdeutschen Meister der letzten beiden Jahre als Gast sah. Aus der Deutschen Demokratischen Republik nahmen der Meister BSG E. Zeigner, Leipzig, BSG Diamant Chemnitz und zwei Erfurter Mannschaften teil. Die Gäste aus Kulmbach, die im ersten Spiel über KWU Erfurt I mit 7:2 erfolgreich waren, unterlagen im zweiten Spiel gegen Diamant Chemnitz knapp mit 3:4. Den Höhepunkt des Turniers bildete der Vergleichskampf zwischen dem westdeutschen Meister und dem Meister der demokratischen Sportbewegung Schulze-Hansen. BSG E. Zeigner, Leipzig, der mit einem gerechten Unentschieden von 4:4 ausging. Durch einen glücklichen 4:3-Erfolg über Chemnitz sicherte sich Leipzig den Turniersieg.

Einen weiteren Höhepunkt des Saalradsportfestes bildete der Wettbewerb im Einer-Kunstoffahren der Männer, an dem mit Holdi Thum, RV Kassel, der zweite westdeutsche Meister teilnahm. Nicht enden wollte der Beifall, als der erst 19jährige Holdi Thum seine Vorführung, die als erstklassig anzusprechen war, beendete. Mit großem Punktvorsprung siegte er vor Großmann und Förster.

### DDR-Sportler beim Tatra-Pokal

Als eine „symbolische Eröffnung“ bezeichneten internationale Sportbeobachter den ersten Sprung, mit dem am Sonntag früh gegenüber der Stalinspitze bei strahlendem Sonnenschein der deutsche Volkspolizist Joachim Loos die 2. Internationalen Skiwettkämpfe um den Tatra-Pokal einleitete. Die am Abend zuvor während einer Besprechung der Delegationsleiter bekanntgegebene Entscheidung der FIS, die Sportbewegung der Deutschen Demokratischen Republik anzuerkennen, hatte bei den Vertretern aller Nationen, die dem Leiter der deutschen Delegation persönlich gratulierten, uneingeschränkte Zustimmung und Begeisterung hervorgerufen. Die nach Tausenden zählenden Zuschauer, die den Sprunghügel umsäumten, begrüßten die deutschen Sportler mit größter Herzlichkeit.

Die beiden deutschen Springer standen auf der ihnen ungewohnten Schanze vor einer schweren Aufgabe, die sie in Anbetracht ihres ersten Auslandsstarts noch nicht zu lösen vermochten. Der Volkspolizistmeister Joachim Loos (Oberwiesenthal) kam mit einer kaum verheilten gebrochenen Hand in beiden Sprüngen nur auf je 47,5 Meter. Einen wohlverdienten Sonderbeifall holte sich der Erzgebirgler Siegfried Leonhardt (Mühlleitlen), mit seinen 17 Jahren jüngster Springer in der von rund 30 Be-

**Spielplan für die Zeit vom 28. Febr. bis 5. März 1950**

Di., 28. Febr. 19:30-23.15 Uhr	<b>Großes Haus</b> Volksvorstellung! „Der Rosenkavalier“ (Halbe Preise!) (Außer Miets, Wahlgutscheine gültig)
Mi., 1. März 20-22 Uhr	„Die Entführung aus dem Serail“ (Außer Miets, Wahlgutscheine gültig)
Do., 2. März 19-24 Uhr	„Die Meistersinger von Nürnberg“ (12. Vorstellung der Donnerstag-Miets A u. Freiverkauf, 5. Vorst. d. „Kl. Platzmiete“ A)
Fr., 3. März 20-23 Uhr	„Der Bittelstudent“ (12. Vorstellung der Freitag-Miets A und Freiverkauf, 5. Vorst. d. „Kl. Platzmiete“ A)
Sa., 4. März 20-22 Uhr	Zum letzten Male! Großer Ballettabend (11. Vorstellung der Samstag-Miets A und Freiverkauf, 4. Vorstellung der „Kleinen Platzmiete“ A)
So., 5. März 15-17.30 Uhr 20-22.45 Uhr	„La Traviata“ (Außer Miets, Wahlgutscheine gültig) „Was ihr wollt“ (11. Vorstellung d. Sonntag-Miets B und Freiverkauf, 4. Vorstellung d. „Kleinen Platzmiete“ B)
Di., 28. Febr. 20-22 Uhr	<b>Kammerspiele</b> „Hurra — ein Junge!“ (Geschlossene Vorstellung, kein Freiverkauf)
Mi., 1. März 20-22 Uhr	Keine Vorstellung
Do., 2. März 20-22 Uhr	„Der Prozeß Mary Dugan“ (Außer Miets, Wahlgutscheine gültig)
Fr., 3. März 20-22 Uhr	Keine Vorstellung
Sa., 4. März 20-22 Uhr	„Hurra — ein Junge!“ (Außer Miets, Wahlgutscheine gültig)
So., 5. März 20-22 Uhr	II. Kammermusik-Abend. Ausführende: Die Bläservereinigung des Städt. Orchesters. Am Flügel: Horst Schneider.

**Theater-Lichtspiele**  
Freiburg i.Br., Sedanstraße, Telefon 3883

Vom 24. Februar bis einschließlich 2. März 1950

**Mordprozeß Dr. Jordan**  
Wienbaden, Rotterdam, Florenz und Paris sind die Schauplätze dieses fesselnden neuen deutschen Kriminalfilms  
Dramatische Wucht und atomlose Spannung!  
Ein Comedia-Film mit: Rudolf Fernau, Maria Holst, Dorothea Wieck, Theodor Loos, Theodor Danneberg u. a.  
Regie: Erich Engels - Verleih: Schorchfilm  
Verbot für Jugendliche unter 16 Jahren!  
Kulturfilm:  
„Der Griff nach dem Atom“  
Ausgezeichnet auf der Biennale 1949 — Schrecken oder Hoffnung? Das Weltgespräch!  
und  
Neue Deutsche Wochenschau Nr. 4  
Spielzeiten: 14.15, 16.30, 18.45, 21.00 Uhr  
- Letzte Vorstellung mit nummerierten Plätzen -  
Verkauf: 10-12.30  
Vorbestellungen telefonisch und an der Kasse für alle Tage des Programms  
Für Schwerhörige besondere Plätze mit Apparat-Anschluß.

**Zentral-Theater Emmendingen**  
Freitag bis Montag  
Der Schatz der Sierra Madre  
Dienstag bis Donnerstag  
Affaire Blum

Die Zeitung der Schaffenden ist „Unser Tag“

Bestellen Sie heute noch **UNSER TAG** Monats-Abonnement DM 2.50